

Städtische Unternehmungen

Wiener Stadtwerke

Die wirtschaftliche Lage der Wiener Stadtwerke wurde von den weltweiten wirtschaftlichen Erschütterungen, die das Jahr 1974 kennzeichneten, beeinflusst. Zu den finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die Wiener Stadtwerke wie fast alle kommunalen Unternehmungen in den großen Ballungszentren zu kämpfen hatten, kamen nun noch der rapide Anstieg der Rohenergiekosten sowie die wachsenden Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarktsektor, die ihren Ausdruck in einer Verteuerung und Verknappung des für die Wiener Stadtwerke lebensnotwendigen Fremdkapitals fanden.

Nach wie vor ist die wirtschaftliche Situation der Teilunternehmungen verschiedenartig:

Die Elektrizitätswerke stellen derzeit noch ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen dar, aber auch sie haben mit einer Reihe ernster Belastungen zu kämpfen, welche die ausgewogene Situation dieser Unternehmung innerhalb kürzester Zeit in Frage stellen könnten. Vor allem zwei Probleme sind es, die den Elektrizitätswerken schwer zu schaffen machen: Erstens die Tatsache, daß die stark steigenden Rohstoffpreise in den Tarifen hereingebracht werden müssen, soll nicht die wirtschaftliche Existenz dieser Unternehmung über kurz oder lang gefährdet werden. Da die Rohstoffkosten in Zukunft voraussichtlich stetig wachsen, werden auch die Tarife in kürzeren Abständen als bisher dieser Entwicklung anzupassen sein. Das zweite Problem liegt in der Notwendigkeit, für die Energiebedürfnisse der Zukunft vorzusorgen, was mit einem ungeheuren Kapitalbedarf für Kraftwerke und auch für das Leitungsnetz verbunden ist. Diese Investitionen müssen die Elektrizitätswerke zu einem angemessenen Teil aus Eigenmitteln finanzieren, da sonst in absehbarer Zeit eine völlige Verschuldung und eine ähnliche Situation wie bei den Verkehrsbetrieben eintreten würde. Aber auch der durch Fremdmittel zu deckende Teil der Investitionen muß in einem zu erwirtschaftenden Ausmaß den Elektrizitätswerken durch Einräumung der Priorität auf dem Kapitalmarkt gesichert werden, da sonst nicht mehr aufholbare Verzögerungen des Ausbauprogramms die Folge wären, die sich letztlich als Energiemangel auswirken würden.

Auch die Gaswerke hatten im Berichtsjahr mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Einerseits traf sie die Erhöhung der Rohenergiekosten besonders hart, andererseits wirkten sich die unerwartet niedrigen Gasverkäufe negativ auf die Erlössituation aus, so daß diese Unternehmung im Berichtsjahr immer wieder von ausgesprochenen Liquiditätskrisen heimgesucht wurde, die nur durch massive kurzfristige Unterstützungen und Überbrückungskredite seitens der anderen Teilunternehmungen und der Hoheitsverwaltung abgefangen werden konnten. Die Gaswerke haben überdies aus der Erdgasumstellung die verschiedensten finanziellen Belastungen zu tragen, wobei die daran geknüpften positiven Effekte erst in einigen Jahren nach Abschluß der Erdgasumstellung zur Wirkung kommen werden. Grundsätzlich ist allerdings festzuhalten, daß auch die Gaswerke eine gesunde Unternehmung darstellen, die durchaus in der Lage sein müßte, sich ohne unvertretbar hohe Fremdkapitalzuflüsse selbst zu erhalten, vorausgesetzt, daß die zunehmende Verteuerung der Rohenergiekosten jeweils in den Tarifen berücksichtigt werden kann.

Im Gegensatz zu den beiden Energieversorgungsunternehmungen der Wiener Stadtwerke ist die wirtschaftliche Lage der Wiener Verkehrsbetriebe äußerst ungünstig: Einerseits wirken auf diese Unternehmung die Folgen der schweren Verschuldung ein, die im wesentlichen dadurch entstanden ist, daß die Verkehrsbetriebe viele Jahre lang gezwungen waren, jene Lasten aus eigenem zu tragen, die in modernen Ballungszentren im Zusammenhang mit den Leistungen des Nahverkehrs unweigerlich anfallen. Da die Verkehrsbetriebe niemals kostengerechte Tarife verrechnen konnten und ihre Tarifkalkulationen von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen mußten, war der Weg in die Verschuldung zwangsläufig vorgezeichnet. Zu den hohen Zinsen- und Tilgungslasten, die sich aus dieser Situation ergeben, kommt aber noch die Notwendigkeit, den Nahverkehr attraktiv zu gestalten, was hauptsächlich eine Kostenfrage ist und in den nächsten Jahren Hunderte von Millionen Schilling zusätzlich erfordern wird.

In dieser Situation des akuten Geldmangels sind die Verkehrsbetriebe wie die meisten Nahverkehrsunternehmungen in den Ballungszentren von Jahr zu Jahr in steigendem Ausmaß auf die Hilfe von außen angewiesen. Längst sind die Möglichkeiten erschöpft, aus dem Verband mit den anderen Teil-

unternehmungen der Wiener Stadtwerke wachsenden Kapitalbedarf abzudecken. Andererseits müßten weitere Fremdkapitalzuflüsse die jetzt schon vorhandene hohe Schuldenlast derart anwachsen lassen, daß schließlich die Stadt Wien selbst vor ernste Probleme gestellt werden würde. In dieser Situation zeigt sich eindeutig, daß die Priorität des öffentlichen Nahverkehrs vor vielen anderen kommunalen Leistungen erkannt werden muß und daß Schritte gesetzt werden müßten, die dieser Erkenntnis gerecht werden. Es ist bekannt, daß Ballungszentren ohne öffentlichen Nahverkehr existenzunfähig sind und daß ein ins Uferlose wachsender Individualverkehr die Städte lebensfeindlich macht. Die Leistungen des öffentlichen Nahverkehrs, seien sie mit noch so hohen Kosten verbunden, sind aus unserer Stadt nicht wegzudenken. Nahverkehrsbetriebe sind unter den herrschenden Verhältnissen keineswegs als Unternehmungen im kaufmännischen Sinne zu führen, sie werden niemals in der Lage sein, sich aus ihren Tarifen zu erhalten. Da ohne sie aber eine Großstadt in ihrem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben nicht denkbar ist, sollten Wege gefunden werden, die den Verkehrsbetrieben alle jene Lasten abnehmen, die sich aus dieser Funktion für das Leben der Stadt ergeben.

Der im Herbst 1974 dem Gemeinderat vorgelegte Wirtschaftsplan für das Jahr 1975 war mit einem Ausgabenüberschuß von nahezu 3,5 Milliarden Schilling behaftet: Die schon bisher besorgniserregende Zunahme der Personal-, Material- und Fremdkapitalkosten ist vom gewaltigen Ansteigen der Primärenergiekosten noch überrollt worden. Trotz schärfster Investitionsbeschränkungen und der Absicht, Fremdkapital im Betrage von 1,5 Milliarden Schilling aufzunehmen, verblieb ein unbedecktes Gelderfordernis von rund 940 Millionen Schilling.

Die Schwierigkeiten auf dem überaus stark beanspruchten Kapitalmarkt, die schon die Unterbringung der Anleihe 1974 erschwert hatte, und auch die allgemeinen Kreditrestriktionen machten es unmöglich, die gesamte Finanzlücke durch weitere Fremdkapitalaufnahme zu schließen. Somit verblieb als letzte und einzige Lösung die Abdeckung des Abganges mittels Selbstfinanzierung, also mit Hilfe von Maßnahmen auf dem Tarifsektor. Seit der letzten Regelung der Elektrizitätstarife Mitte 1972 waren Kostensteigerungen eingetreten, die nicht mehr durch die Einnahmen auf Grund des geltenden Strompreises gedeckt werden konnten. Allgemeine Material- und Personalkostensteigerungen, aber auch die Erhöhung der Primärenergiekosten (vor der Energiekrise) bedingten ein erhebliches Auseinanderklaffen der Kosten- und Ertragschere. Um das Gleichgewicht zwischen Kosten und Erträgen, das letzten Endes einen Substanzverzehr und damit die Gefährdung der Stromversorgung bedeutet hätte, zu beseitigen, wurden die Tarife der Wiener Elektrizitätswerke im Zuge einer gesamtösterreichischen Strompreiserhöhung ab Februar 1974 um durchschnittlich 12,7 Prozent erhöht. Aus dieser Maßnahme erhoffte man sich Mehreinnahmen im Betrage von 257 Millionen Schilling. Die im Zuge der Energiekrise fast gleichzeitig erfolgte Verteuerung des schweren Heizöls brachte jedoch Mehrausgaben von 247 Millionen Schilling mit sich, womit der positive Effekt dieser Tarifregelung fast zur Gänze aufgezehrt wurde. Einerseits lastete der Druck des ständigen Ausbaues der Anlagen auf den Elektrizitätswerken — im Zuge des koordinierten Ausbauprogramms der Elektrizitätswerke Österreichs müssen die Wiener Elektrizitätswerke in den nächsten zehn Jahren Investitionen im Ausmaß von rund 24,5 Milliarden Schilling tätigen —, andererseits schlugen die außerordentlich gestiegenen Rohstoffkosten negativ zu Buche. Um den nach Fremdkapitalaufnahmen und Investitionssperren verbleibenden Finanzbedarf des Jahres 1975 wenigstens einigermaßen zu decken, sahen sich die Elektrizitätswerke gezwungen, ab Jahresbeginn 1975 eine Neufestsetzung der Grundtarife, die infolge allgemein eingeräumter Begünstigungen unter jenen der anderen Elektrizitätsversorgungsunternehmungen lagen, auf das gesamtösterreichische Niveau zu beantragen.

Vom sprunghaften Ansteigen der Rohenergiekosten durch die ab 1975 geltende Erhöhung der Erdgas-Einstandspreise sind am meisten die Gaswerke betroffen. Auch sie konnten nicht umhin, die steigenden Kosten mittels Tarifierhöhung ab 1. Jänner 1975 aufzufangen. Seit 1951, also seit 23 Jahren, war der Gaspreis unverändert geblieben, eine einmalige Erscheinung im Wirtschaftsleben Österreichs. Die allgemeinen Kostenerhöhungen bis auf das Fünffache, besonders beim Personal, bei den Rohrleitungen, Zählern usw., konnten bisher durch Rationalisierungsmaßnahmen aufgefangen werden. Bei den Kostenanstiegen der letzten Zeit war dies aber nicht mehr möglich.

Über die Probleme, mit denen die Verkehrsbetriebe konfrontiert sind, ist schon berichtet worden. Auf dem Wege von vertretbaren Tarifierhöhungen kann die wirtschaftliche Lage dieser Unternehmung kaum geändert werden, da die Kostensteigerungen immer weitaus größer sind. So stieg der Preis für einen Gelenktriebwagen seit 1972 von 4,2 auf 6,8 Millionen Schilling, der Preis eines Gelenkautobusses von 1,6 auf 2,5 Millionen Schilling und jener für Dieselöl von 3,20 auf 5,20 Schilling. Bei Beibehaltung der bisherigen Tarife hätten wichtige Vorhaben, wie die Modernisierung des Wagenparks und die damit erzielbaren Personaleinsparungen, unterbrochen werden müssen, die Durchführung verkehrsverbessernder Maßnahmen wäre ebenfalls nicht möglich gewesen. Daher sah man sich gezwungen, auch bei den Verkehrsbetrieben den Schritt einer Tarifregulierung ab 1975 zu setzen. Die Überlegun-

gen zielten in erster Linie auf eine Änderung des Tarifsystems ab, das dem Übergang zum schaffnerlosen Betrieb entspricht, daß also so wenig wie möglich Schaffnerfahrtscheine verkauft werden und weiters von den bisherigen Streckenkarten auf Netzkarten übergegangen wird. Demgegenüber kam es zu dem „Abschreckungs“-Preis für den Schaffnerfahrtschein von 8 Schilling (vorher 6 Schilling) und andererseits zur Senkung des Preises für Monatsnetzkarten von 600 auf 294 Schilling.

Auch die Bestattung blieb von den allgemeinen Kostensteigerungen nicht verschont. Bei diesem personalintensiven Unternehmen stieg der Personalaufwand gegenüber 1968 — seither waren die Bestattungstarife unverändert geblieben — um 88 Prozent, die übrigen Aufwendungen um 41 Prozent. Da trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen diese Mehrbelastungen nicht ausgeglichen werden konnten, wurden notgedrungen ab 1. April 1974 die Tarife angehoben.

Das Leben in einem Ballungszentrum hängt beim heutigen Stand der Technisierung in fast allen Sparten von der Verfügbarkeit der Energie ab. Die Wirtschaft und ihr Wachstum sind eng mit der Energiebelieferung verbunden. Die Energiepolitik der Wiener Stadtwerke war daher auch im vergangenen Jahr in erster Linie auf die Versorgungssicherheit ausgerichtet.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine funktionierende Energieversorgung ist die Sicherung der erforderlichen Rohenergiemengen.

Neben den Fremdstrombezügen von mehr als 1,8 Millionen Megawattstunden wurden im Berichtsjahr von den Wiener Stadtwerken etwa 206.000 Tonnen Heizöl und 1,15 Milliarden Normalkubikmeter Erdgas eingesetzt.

Das Lagerproblem ist für den Sektor der Heizölversorgung von besonderer Bedeutung. Das in den kalorischen Erzeugungsanlagen der Wiener Elektrizitätswerke für die Stromerzeugung benötigte Heizöl ist ein Rückstandsprodukt, das im Raffinerieprozeß anfällt und daher im Zusammenhang mit dem Bedarf an Treibstoffen gesehen werden muß. Da der Treibstoff in den Sommermonaten überwiegt, der Bedarf an Heizöl schwer aber in die Heizperiode fällt, haben die Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke beträchtliche Investitionen auf dem Bevorratungssektor getätigt. Im abgelaufenen Jahr wurde durch die Errichtung eines weiteren Heizölbehälters mit einem Fassungsraum von 32.600 Kubikmeter eine Lagerkapazität von insgesamt etwa 290.000 Tonnen erreicht. Diese Möglichkeit der Bevorratung stellt einen bedeutenden Faktor für die Versorgungssicherheit der Bundeshauptstadt dar.

Die im Berichtsjahr von der Austria Ferngas GmbH, der die Wiener Stadtwerke als Gesellschafter angehören, fortgeführten Verhandlungen über Erdgaslieferungen aus Algerien mußten Ende 1974 unterbrochen werden. Auf Grund der weltweit eingetretenen Entwicklung auf den Kapitalmärkten konnte die bisher vorgesehene Vertragsbasis der langfristigen Vorfinanzierung der Anlagen in Algerien nicht mehr aufrechterhalten werden. Das europäische Käuferkonsortium hofft auf eine Aktivierung des Projektes auf einer neuen Grundlage.

Vom energiewirtschaftlichen Referat wurden im Frühsommer nach umfangreichen und zum Teil zeitraubenden Vorarbeiten die Grundzüge eines Energiekonzeptes für Wien fertiggestellt. Damit wurde für Österreich erstmals ein derartiges Konzept auf Landesebene entwickelt, wobei bereits eine Abstimmung mit den im Jänner 1974 von der Bundesregierung beschlossenen Leitlinien für eine österreichische Energiepolitik erfolgte. In der im September konstituierten Projektgruppe „Energiekonzept für Wien“ wurde die Abstimmung mit den sachlich zuständigen Magistratsdienststellen eingeleitet.

Vom Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung wurden bis zum Jahresende 179 Empfehlungen für Bauvorhaben mit einem Gesamtanschlußwert für Raumheizung von insgesamt etwa 173 Stundengigakalorien abgegeben. Ferner wurden vom energiewirtschaftlichen Referat im gleichen Zeitraum rund 420 Wohnbauförderungsansuchen zur Errichtung von etwa 13.000 Wohnungen im Hinblick auf die im Wohnbauförderungsgesetz festgelegten Erfordernisse des Umweltschutzes hinsichtlich der vorgesehenen Beheizung überprüft.

Die Wiener Verkehrsbetriebe beförderten im Jahre 1974 rund 400 Millionen Fahrgäste bei einer Fahrleistung von fast 90 Millionen Wagenkilometern. Aus diesen Zahlen geht einwandfrei hervor, daß ohne die Leistungen der Verkehrsbetriebe das öffentliche Leben in unserer Stadt zusammenbrechen würde, da der Individualverkehr schon aus Platzgründen nie die Funktion des öffentlichen Verkehrs übernehmen könnte.

Neben der Raumersparnis können die öffentlichen Verkehrsmittel noch die Vorteile der erhöhten Sicherheit und des Umweltschutzes für sich verbuchen. Straßen-, Schnell- und U-Bahnen beeinträchtigen die Luftqualität nicht. Auch bei den Autobussen sind die Schadstoffemissionen geringer als beim Individualverkehr. Um diese Emissionen noch weiter zu verringern, wurde die Umstellung auf den Flüssiggas-Mischbetrieb bei den Wiener Verkehrsbetrieben weiter fortgeführt. Sobald diese beendet ist, wird in den Auspuffgasen der Autobusse nur noch ein Viertel der vor der Umstellung vorhandenen Schadstoffe enthalten sein.

Daß die Verkehrsbetriebe in der Lage sind, einen höheren Fahrgästeinfall zu bewältigen, bewiesen sie zu Beginn des Jahres 1974. Am Dienstag, dem Tag, den die meisten Autofahrer als „autolos“ gewählt hatten, benützten 10 bis 12 Prozent mehr Fahrgäste als sonst die öffentlichen Verkehrseinrichtungen. Diese höhere Frequenz konnte dadurch bewältigt werden, daß der nun geringere Individualverkehr Straßenbahn und Autobus nicht behinderte. Um die Verkehrsbedingungen für Straßenbahn- und Autobuslinien zu verbessern, wurde von den Verkehrsbetrieben ein Beschleunigungsprogramm ausgearbeitet. Dieses sieht legistische, technische und bauliche Maßnahmen vor. So sollen etwa für eigene Busspuren und den Vorrang für Autobusse bei der Ausfahrt aus Haltestellen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Auf dem technischen Sektor wird vor allem eine Verbesserung der Ampelregelung ins Auge gefaßt; für eine Anzahl von Kreuzungen soll die Ampelsteuerung durch die Straßenbahn erfolgen. Neben anderen Baumaßnahmen sollen bei allen künftigen Straßenbauten, wo immer es möglich ist, eigene Gleiskörper für die Straßenbahn angelegt werden.

Auch im Jahre 1974 gelang es den Verkehrsbetrieben wieder, kostensparende Rationalisierungsmaßnahmen zu setzen. Es konnten etwa 200 Bedienstete eingespart werden. Im Straßenbahnbetrieb bestand Ende 1974 auf 8 Linien ganztägig Einmannbetrieb, auf weiteren 6 Linien im Abend-, Samstag- oder Sonn- und Feiertagsverkehr. Auf 25 Straßenbahnlinien wurden an Werktagen ganztägig schaffnerlose Beiwagen eingesetzt, auf weiteren 4 Linien kamen sie fallweise zum Einsatz. Von den 39 Autobuslinien verkehrten 35 dauernd und 4 fallweise im Einmannbetrieb.

1974 legte die Stadt Wien die 12. Investitionsanleihe der Bundeshauptstadt Wien mit einem Nominale von 1,2 Milliarden Schilling auf. Die Begebung erfolgte in zwei Tranchen zu 800 und zu 400 Millionen Schilling, wobei die zweite Tranche als reine Bankanleihe im Portefeuille der Institute verblieb. Berücksichtigt man die bereits erfolgten Tilgungen früherer Jahre, so ergab sich für die Wiener Stadtwerke mit Jahresende 1974 eine offene Anleiheschuld von rund 5,7 Milliarden Schilling. Der Anleiheerlös wurde zur Gänze den Wiener Stadtwerken zur Verfügung gestellt, wobei auf die Elektrizitätswerke 293,3 Millionen und auf die Verkehrsbetriebe 906,7 Millionen Schilling entfielen. Die Laufzeit der ersten Tranche beträgt 15 Jahre, jene der zweiten 10 Jahre. Die Verzinsung wurde einheitlich mit 8½ Prozent festgesetzt.

Der spätere Zufluß des Anleiheerlöses — die erste Tranche wurde erst Mitte des Jahres aufgelegt, die zweite Tranche floß sogar erst Anfang November zu — führte bei den einzelnen Teilunternehmungen zu Liquiditätsengpässen. Hinzu kamen noch die Mehrbelastungen für die Elektrizitäts- und Gaswerke, die sich aus der starken Verteuerung der Rohenergie ergeben haben, während die milde Witterung zu einem Rückgang der Strom- und Gasverkäufe und damit zu Mindereinnahmen führte. Die Situation blieb trotz eines Forderungsverzichtes der Hoheitsverwaltung gegenüber den Wiener Stadtwerken im Betrag von rund 200 Millionen in Form einer Kapitalaufstockung und des Nahverkehrszuschusses von 55 Millionen Schilling bedrohlich. Die angespannte finanzielle Lage machte es deshalb notwendig, zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit neben der Anleihe drei weitere Kredite aufzunehmen: 50 Millionen Schilling bei der Länderbank, ferner 200 Millionen Schilling und weitere 225 Millionen Schilling bei der Girozentrale. Insgesamt flossen somit den Wiener Stadtwerken im Jahre 1974 1.675 Millionen Schilling an langfristigem Fremdkapital zu.

Diese Gelder wurden im wesentlichen zur Finanzierung folgender Investitionen verwendet: Bauabschnitt 1974 eines 370-MW-Blockkraftwerkes einschließlich Vorsorge für Fernwärmeabgabe im Kraftwerk Simmering (Fertigstellung voraussichtlich 1978). — Bauabschnitt eines weiteren 150/162-MW-Blockkraftwerkes im Kraftwerk Donaustadt (BKW 2), welches im Winter 1975/76 in Betrieb gehen soll. — Fertigstellung des 85/100-MW-Gasturbinenkraftwerkes in Leopoldau. — Ausbau des 110-kV-Kabelnetzes. — Ausbau von Umspann- und Unterwerken (Handelskai, Leopoldau, Liesing, Schmelz, Penzing, Heiligenstadt). — Ausbau des Straßenrohrnetzes der Gaswerke (zum Teil im Zusammenhang mit der Erdgasumstellung, die voraussichtlich 1978 abgeschlossen sein wird). — Errichtung einer Hochdrucktransportleitung für Erdgas. — Fertigstellung der neuen Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe in Simmering. — Ersatz für auszuscheidende, überalterte Straßenbahnwagen und Autobusse. — Umbau von Triebwagen und Beiwagen auf schaffnerlosen Betrieb. — Umbau von Autobussen auf Flüssiggasbetrieb. — Gleiserneuerungen.

Die Erhöhung des Eckzinsfußes von 3½ auf 5 Prozent bildete die Ursache der allgemeinen Anhebung des Zinsniveaus in Österreich. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Schuldenlast der Wiener Stadtwerke. Um Attraktivitätsverlusten vorzubeugen, beschloß der Gemeinderat die Bonifizierung der in der Zeit von 1961 bis 1973 aufgenommenen Anleihen. Der Nominalzinssatz für diese Anleihen, der ursprünglich zwischen 6 und 7 Prozent lag, wurde rückwirkend ab 1. Juni 1974 auf 8 Prozent erhöht, was den Kostendruck auf die Wiener Stadtwerke weiter verstärkte. Allein aus dieser Maßnahme werden den Wiener Stadtwerken bis 1988 Kosten von rund 280 Millionen Schilling erwachsen.

Am 17. Dezember 1974 wurde die Gasturbine Leopoldau, die eine Maximalleistung von 100 Megawatt hat und damit eine der größten der Welt ist, erstmalig probeweise an das Netz geschaltet. Gasturbinen sind eine neue technische Entwicklung, bei der die Verbrennungsgase direkt auf die Turbine geführt werden, im Gegensatz zu den herkömmlichen Dampfkraftwerken, wo Wasser erst in Dampf umgewandelt werden muß und dieser dann auf die Turbinen geleitet wird. Die Gasturbine ist zwar im Dauerbetrieb teurer als die konventionellen Dampfkraftwerke, sie ist zur Abdeckung von Winterspitzen, zur Reserve bei Ausfällen von Blockkraftwerken und zum Aufbau des Netzes im Fall eines totalen Netzausfalles, wie er zum Beispiel im Jänner 1974 aufgetreten war, vorgesehen. Ein wesentlicher Vorteil ist auch, daß die Gasturbine in wenigen Minuten auf volle Leistung gebracht werden kann, was bei einem Dampfkraftwerk herkömmlicher Bauart 1½ Stunden in Anspruch nimmt.

Im Februar wurde der Gemeinderatsbeschluß für eine 160-MW-Beteiligung am zweiten österreichischen Gemeinschaftskernkraftwerk Stein/St. Pantaleon gefaßt.

Auch die Gaswerke mußten sich der steigenden Nachfrage nach der umweltfreundlichen Gasheizung anpassen: Zwar war die Gasabgabe im Jahre 1974 gerade auf dem Heizgassektor infolge des milden Wettercharakters rückläufig, trotzdem änderte sich aber nichts an der langfristig zu erwartenden steigenden Tendenz des Gasverbrauches. Von den im Jahre 1974 erledigten 24.862 Heizgasanträgen wurden 24.715 Anträge mit einem Anschlußwert von 676.700 Stundenmegakalorien genehmigt. Damit erhöhte sich die Zahl der seit Beginn der Genehmigungspflicht am 1. Februar 1964 bewilligten Heizgasanträge bis Ende 1974 auf insgesamt 161.661 und deren Anschlußwert auf 3.041,2 Stundengikalorien.

Am 29. Mai 1974 wurde die neue Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Dieser Bau ist eine Voraussetzung für die Generalüberholung der neuen Großraumwagen und der U-Bahn-Waggons. Im Falle des Verbleibens in der alten Straßenbahn-Hauptwerkstätte wäre es notwendig geworden, eine eigene U-Bahn-Werkstätte zu bauen. Überdies hatten die äußerst beengten Räumlichkeiten der alten Auto-Hauptwerkstätte zum Teil nicht der Dienstnehmerschutzverordnung entsprochen. Mit dem Bau wurde 1965 begonnen, die Fertigstellung war für Ende 1974 geplant. Eine Forcierung der Arbeiten ermöglichte es jedoch, den Autobustrakt bereits 1970 in Betrieb zu nehmen und schon 1973 mit der Übersiedlung der Straßenbahn-Hauptwerkstätte zu beginnen.

Die Arbeiten auf der U-Bahn-Probestrecke zwischen Heiligenstadt und Friedensbrücke zur Vorbereitung der Aufnahme des Fahrgastbetriebes konnten abgeschlossen werden. Weiters wurden die Arbeiten am neuen U-Bahn-Betriebsbahnhof Wasserleitungswiese begonnen und zügig vorangetrieben. Am „Tag der offenen Tür“ hatten die Wiener überdies Gelegenheit, die Musterstation Taubstummen-gasse zu besichtigen und mit der U-Bahn zwischen Karlsplatz und Taubstummen-gasse zu fahren.

Im Rahmen der Vorschlagsaktion „Mitdenken macht sich bezahlt“ wurden 1974 19 Verbesserungsvorschläge eingebracht. Um das Interesse an der Aktion unter den Bediensteten zu steigern, wurden gegen Ende 1974 Werbeplakate in den Dienststellen der Wiener Stadtwerke angebracht. Fünf Vorschläge aus 1974 konnten mit Prämien von zusammen 71.500 Schilling bedacht werden.

Neueste Geräte der mittleren Datentechnik wurden ab 1974 im Aufnahmedienst der Städtischen Bestattung eingesetzt. Durch die erweiterte Maschinenkapazität können im Jahre 1975 auch noch andere Arbeitsbereiche dieser Teilunternehmung in die Elektronische Datenverarbeitung einbezogen werden.

Die Untersuchungen zur Verbesserung der jetzigen Form der Verbrauchsabrechnung für Gas und Strom im Rahmen des im E-Werk bestehenden Arbeitskreises wurden weitergeführt. Hierbei wurden auch schon organisatorische Vorbereitungsarbeiten für ein neues Abrechnungsverfahren in Angriff genommen.

Für das Rechenzentrum der Wiener Stadtwerke wurde im Herbst 1974 ein optischer Belegleser, der gedruckte oder geschriebene Daten erfaßt und in den Computer eingibt, für eine gemeinsame Benützung durch die Stadtwerke und das Rechenzentrum des Magistrats gegen Rückgabe des vorher verwendeten Handschriftlesers gemietet.

Als organisatorische Maßnahme ist die Errichtung eines bautechnischen Referates im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftssektion der Generaldirektion zu erwähnen. Dem Referat obliegt die Koordinierung von Vorhaben des Hoch- und Tiefbaues der Stadtwerke ab einer bestimmten Vergabungssumme hinsichtlich Planung, Ausschreibung, Vergabe und Durchführung sowie die Vergabe von Reinigungsarbeiten und Wächterdiensten an Firmen.

Die Abteilung für Innenrevision lieferte im Jahre 1974 insgesamt 80 Prüfberichte. In den Ordnungsprüfungen konnte die Ordnungsmäßigkeit der Materialgebarung im wesentlichen festgestellt

werden. Wertvolle Anregungen für verschiedene Verbesserungen ergaben sich wieder aus den Organisationsprüfungen, die in nahezu allen Arbeitsbereichen durchgeführt wurden und in ihren Auswirkungen auch finanzielle Ersparnisse größeren Ausmaßes brachten.

Im Rechenzentrum hat der Umfang der im Jahre 1974 erbrachten Leistungen gegenüber früher bedeutend zugenommen: Neben der Verbesserung der laufenden Arbeiten im Hinblick auf Vereinfachungen für die Benutzerabteilungen, kürzere Maschinenzeiten und größere Sicherheit konnten neue Aufgaben, wie die maschinelle Durchführung der Strompreisänderung vom 8. Februar 1974, die Entgeltfortzahlung im Gehaltsverrechnungsbereich, die zusätzlichen Arbeiten für die Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe und zur Beschleunigung der Erdgasumstellung der Gaswerke, die Neuerstellung des Kundeninformationssystems der Elektrizitätsbeziehungswise Gaswerke und anderes mehr übernommen werden. Dazu waren Systemumstellungen, Hardware- und Software-Erweiterungen wie auch umfangreiche Neuentwicklungen erforderlich, wie sie beispielsweise in der Inbetriebnahme von leistungsgrößerem Schnelldruckern, weiteren Platten- und Magnetbandeinheiten und eines vielseitigen Beleglesers oder in der Installation des neuen Betriebssystems DOS/VS und der Software CICS/VS für die künftige Datenfernverarbeitung Ausdruck finden. Ein besonders großer Arbeitszuwachs ist für das Rechenzentrum aus technischen Bereichen der Wiener Stadtwerke zu verzeichnen. Dies dürfte in naher Zukunft zu einem Austausch des derzeitigen Rechengertes gegen eine größere Anlage führen.

Die Zahl der bei den Wiener Stadtwerken beschäftigten aktiven Bediensteten (ohne Lehrlinge) betrug am 31. Dezember 1974 14.744. Der Personalstand hat sich gegenüber dem 31. Dezember 1973 trotz 1.007 Neuaufnahmen geringfügig um 40 Mitarbeiter verringert; damit ist es in der Gesamtunternehmung erstmals praktisch zu einem Stopp des in den letzten Jahren aufgetretenen Personalrückganges gekommen. Hierbei zeigt sich bei den Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke folgende Entwicklung: Die Elektrizitätswerke hatten als einzige Teilunternehmung eine bedeutsame Personalzunahme von insgesamt 105 Bediensteten, das sind 2,7 Prozent, zu verzeichnen. Bei den Gaswerken ist eine leicht sinkende Tendenz festzustellen. So ist es infolge der in Blickrichtung auf Einstellung der Spaltgaserzeugung im Zusammenhang mit der Umstellung auf Erdgasversorgung restriktiven Personalpolitik zu einer Reduktion des Personalstandes um 19 Bedienstete gekommen. Bei den Verkehrsbetrieben hatte der Personalrückgang erstmals seit vielen Jahren ein relativ geringes Ausmaß. Er betrug nämlich nur 124 Bedienstete, das sind 1,4 Prozent. Die Städtische Bestattung hatte Ende 1974 einen gegenüber 1973 um bloß 2 Mitarbeiter niedrigeren Personalstand.

Unter Berücksichtigung der 494 Versetzungen in den Ruhestand ergab sich per 31. Dezember 1974 eine Gesamtzahl von 16.944 Pensionsparteien. Das ist gegenüber 1973 eine Verringerung um 263.

Die Personalsituation der Wiener Stadtwerke zum Zeitpunkt Ende 1974 ist dadurch charakterisiert, daß im Wirtschaftsplan 1974 ein Sollstand von 16.498 fixiert war. Dieser Sollstand lag bedingt durch Rationalisierungsmaßnahmen mit personaleinsparendem Effekt um insgesamt 220 Bedienstete unter dem des Vorjahres. Die Wiener Stadtwerke haben jedoch diese Zahl nie erreicht; der Iststand betrug am Ende des abgelaufenen Jahres 14.744 Bedienstete. Dies bedeutet, daß die im Interesse der Bevölkerung notwendigen Leistungen mit einem Personalunterstand von 10,6 Prozent erbracht werden mußten. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß im Laufe des Jahres 1974 eine positive Änderung der Personalsituation eingetreten ist. War es zu Beginn des Jahres kaum möglich, Personal zu bekommen, so bewirkte die geänderte Situation auf dem Arbeitsmarkt, daß im Laufe des Jahres zahlreiche Aufnahmewerber, die einen sicheren Arbeitsplatz anstreben, um Aufnahme bei den Stadtwerken ansuchten. Dies führte dazu, daß Ende 1974 für Kanzleibedienstete, technische Zeichner und Absolventen der höheren technischen Lehranstalten Fachrichtung Elektrotechnik und Maschinenbau keine freien Dienstposten vorhanden waren. Neben der Wirtschaftsentwicklung, die diesem Trend entgegengekommen ist, trugen Personalwerbemaßnahmen zu dieser Entwicklung wesentlich bei.

Die Personalwerbung konzentrierte sich insbesondere auf die Bedienstetengruppen Fahrpersonal, Elektriker, Installateure und Kanzleibedienstete. Als wirksamste Werbemittel erwiesen sich Inserate in den Tageszeitungen und in den Betriebsmitteln der Verkehrsbetriebe affizierte Klarsichtfolien. Außerdem wurden bei verschiedenen Veranstaltungen im Raume Wien informative Flugblätter verteilt. Im übrigen wurde der Wiener Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, bei einem sogenannten Publikumsfahren mit Straßenbahn und Autobus den Fahrdienst aus der Nähe kennenzulernen. Die größte Werbewirksamkeit kommt allerdings nach wie vor dem persönlichen Gespräch der eigenen Bediensteten mit potentiellen Aufnahmewerbern zu. Die Personalwerbung brachte allerdings nicht in allen Bereichen den gewünschten Erfolg, so daß etwa im Fahrdienst die Bediensteten Mehrdienstleistungen in beträchtlichem Ausmaß zu erbringen hatten.

Eine weitere Möglichkeit, im Bereich des ungelerten Personals eine Milderung des Arbeitskräftemangels zu erreichen, wird sich eventuell durch das mit 1. Jänner 1975 wirksam werdende Zivildienst-

gesetz ergeben. Auf Grund eines Antrages der Direktion der Verkehrsbetriebe wurden diese bereits mit Bescheid als geeignete Träger des Zivildienstes anerkannt, und es wird dadurch möglich sein, Zivildienstpflichtige zu Dienstleistungen in den Wagen- und Garagenrevisionen und beim Gleisbau heranzuziehen.

Die Zahl der bei den Wiener Stadtwerken beschäftigten Gastarbeiter ist gegenüber 1973 nahezu unverändert geblieben. So waren Ende 1974 bei den Verkehrsbetrieben 123 Mitarbeiter aus Jugoslawien und 21 Tunesier beschäftigt.

Im Rahmen der innerbetrieblichen Schulung wurden 1974 die Vorbereitungskurse für die Ablegung der Dienstprüfung für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, der Dienstprüfung für die Fachbeamten des technischen Dienstes und der Dienstprüfung für den Kanzleidiensnt erstmals im Sinne der 1973 beschlossenen Neuordnung des Dienstprüfungswesens durchgeführt. Neben dem in diesen Kursen vermittelten Fachwissen, das die Bediensteten in die Lage versetzen soll, ihre dienstlichen Obliegenheiten optimal erfüllen zu können, wurden die Kandidaten in einem Seminar mit den Themen „Methoden des geistigen Arbeitens, Verhandlungstechnik und Menschenbehandlung“ befaßt, wodurch das Verständnis für Verwaltungsrealität und Verwaltungspraxis geschärft wird. Nach Besuch der Vorbereitungskurse haben im Jahre 1974 44 Mitarbeiter die Dienstprüfung für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 32 Mitarbeiter die Dienstprüfung für Fachbeamte des technischen Dienstes bestanden. 99 Mitarbeiter legten die Dienstprüfung für Fachbeamte des Kanzleidiensntes erfolgreich ab (11 mit ausgezeichnetem Erfolg). Darüber hinaus absolvierten 4 rechtskundige Beamte der Wiener Stadtwerke den mehrmonatigen Vorbereitungslehrgang für den rechtskundigen Dienst, der von der Magistratsdirektion veranstaltet wurde, und unterzogen sich erfolgreich der aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil bestehenden Prüfung für den rechtskundigen Dienst, einer davon mit ausgezeichnetem Erfolg.

Die Verwaltungsakademie der Stadt Wien, die den Mitarbeitern die Möglichkeit zur Information über Einrichtungen der Stadt Wien sowie über Aufgaben der Stadtverwaltung bieten soll, wurde von zahlreichen Mitarbeitern besucht. Besonderen Anklang fanden die Kurse über elektronische Datenverarbeitung sowie die Vorträge „Gemeinwirtschaftliche Aufgabenerfüllung durch Gebietskörperschaften“ und „Die Energieversorgung des Landes Wien“.

Neben der innerbetrieblichen Schulung und der Weiterbildung im Rahmen der Verwaltungsakademie wurden den Bediensteten für ihren Arbeitsplatz notwendige Spezialkenntnisse, die im Rahmen des Unternehmens nicht vermittelt werden können, durch Ausbildungsseminare und Kurse außerhalb der Unternehmen, die vereinzelt sogar im Ausland stattfanden, vermittelt. Solche Ausbildungslehrgänge waren insbesondere für den Bereich der elektronischen Datenverarbeitung und für die Kraftwerksmeister im Blockbetrieb der Elektrizitätswerke notwendig.

Die Ausbildung von Lehrlingen, der seit mehr als einem Jahrzehnt im Bereich der Stadtwerke besondere Bedeutung zukommt, wurde 1974 im gewohnten Umfang fortgesetzt. Die Lehrlingsausbildung umfaßte die Lehrberufe Industriekaufmann, Technischer Zeichner, Starkstrommonteur und Chemielaborant. Da nach Beendigung des ersten Lehrganges der Ausbildung von Lehrlingen zu Starkstrommonteuren in einer Lehrwerkstätte feststeht, daß diese Art der Lehrlingsausbildung den Stadtwerken in Zukunft hochqualifizierte Nachwuchskräfte bringen wird, ist beabsichtigt, dies auf die Lehrberufe Elektromechaniker und Maschinenschlosser auszudehnen.

Zu Jahresbeginn 1974 hatten die Wiener Stadtwerke 259 Lehrlinge, von denen 213 zu Industriekaufleuten, 15 zu technischen Zeichnern, einer zum Chemielaboranten und 30 zu Starkstrommonteuren ausgebildet wurden. Im September 1974 haben die Wiener Stadtwerke 105 kaufmännische Lehrlinge, 6 technische Zeichnerlehrlinge, einen Chemielaboranten und 29 Starkstrommonteurlehrlinge neu eingestellt. Für 40 kaufmännische Lehrlinge und einen technischen Zeichnerlehrling, die im Herbst 1973 die Lehrabschlussprüfung mit Erfolg absolviert haben, wurde im Juli 1974 eine Freisprechungsfeier veranstaltet. Jeder ehemalige Lehrling bekam einen Golddukaten und zwei Bücher überreicht. Ende 1974 betrug der Stand an Lehrlingen insgesamt 314.

Als Anerkennung für langjährige Dienstzeit haben 321 Bedienstete das vom Herrn Bürgermeister unterfertigte Diplom und als Jubiläumsgabe Remunerationen erhalten. Von diesen feierte ein Mitarbeiter das 50jährige Dienstjubiläum, 34 Mitarbeiter hatten 40 und 286 Mitarbeiter 25 Jahre im Dienst der Stadt Wien verbracht. 6 Mitarbeiter der Wiener Stadtwerke sind 1974 in Würdigung ihrer Verdienste um die Republik Österreich vom Herrn Bundespräsidenten durch Verleihung eines Ehrenzeichens ausgezeichnet worden.

Zahlreiche Mitarbeiter beteiligten sich wieder an Blutspendeaktionen. 1.887 Bedienstete der Stadtwerke spendeten freiwillig Blut für die Blutbank des Allgemeinen Krankenhauses und für das Sanatorium Hera, das der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien gehört.

In Durchführung des Arbeitnehmerschutzgesetzes wurden die Sicherheitsvertrauenspersonen bestellt und von der Leitung des sicherheitstechnischen Dienstes der Teilunternehmungen über ihre Aufgaben unterrichtet. Die Sicherheitsvertrauenspersonen wurden im Laufe des Jahres im Rahmen von Informationsgesprächen und Diskussionen über ihren gesamten Aufgabenbereich informiert. Mit dem Ziel der Unfallverhütung wurden in bewährter Weise Broschüren über Unfallverhütung, wie zum Beispiel die Nachrichtenblätter „BS-Betriebssicherheit“ und „Sichere Arbeit“ verteilt. In den werkseigenen Prüf- und Versuchsanstalten der Elektrizitätswerke und Gaswerke wurden im Interesse der Unfallverhütung zahlreiche Schutz- und Hilfsmittel getestet. Die Vertreter der Wiener Stadtwerke nahmen im Rahmen ihrer Tätigkeit an zahlreichen Fachtagungen des Arbeitskreises Sicherheitstechnik teil. Neu aufgenommene Mitarbeiter wurden insbesondere in Erster Hilfe unterrichtet, wobei im Rahmen dieses Unterrichtes modernste audiovisuelle Medien zur Anwendung gelangten.

Im Rahmen des sicherheitstechnischen Dienstes nimmt die Schulung zum Thema Brandschutz einen besonderen Platz ein. Praktische Feuerlöschübungen und Handhabung der Atemschutzgeräte, insbesondere in den Kraftwerken, waren ein wesentlicher Teil der Ausbildung der Bediensteten.

Neben den allen aktiven Bediensteten wie auch Pensionisten der Stadt Wien zugute gekommenen zahlreichen dienst-, besoldungs- und pensionsrechtlichen Maßnahmen trugen weitere Änderungen, wie Neuregelung der Arbeitszeit für die Bediensteten der Straßenbahnrevisionswerkstätten, Zulagenschaffungen und -gewährungen, Höherreihung von Bedienstetengruppen entsprechend höheren Anforderungen, Stellenplanverbesserungen usw., zu einer Besserstellung von Bediensteten aller vier Teilunternehmungen bei.

Elektrizitätswerke

Die Elektrizitätswerke verzeichneten im Vergleich zum Jahre 1973 eine Zunahme des Gesamtenergiebedarfes um 2,0 Prozent, das heißt, der Jahresbedarf stieg auf 4.840.133 MWh. Davon erzeugten die Dampfkraftwerke Simmering und Donaustadt 2.924.279 MWh und die eigenen Wasserkraftwerke 104.474 MWh. Die kalorische Eigenerzeugung war damit im Jahre 1974 um 1,0 Prozent größer als 1973 und um 0,6 Prozent kleiner als im Jahre 1972.

Die höchste Belastungsspitze ergab sich am 15. Jänner 1974 mit 878 MW; sie war um 30 MW niedriger als im Jahre 1973 und um 30 MW höher als im Jahre 1972. Der größte Tagesbedarf an elektrischer Energie war am 10. Jänner 1974 mit 18.727 MWh zu vermerken; der Höchstwert seit Bestehen der Elektrizitätswerke wurde am 4. Dezember 1973 mit 19.930 MWh registriert.

Das Jahr 1974 zeigte nach einer Reihe von Jahren mit stark wachsender Energiebedarfszunahme erstmals eine Verflachung der bisherigen Entwicklung. Trotzdem läßt dieser durch den besonders milden Winter 1973/74 und den ebenfalls milden Spätherbst 1974 bedingte Rückgang noch auf kein Abweichen vom langjährigen Trend schließen. Inwieweit eine Änderung der Verbrauchsgewohnheiten, insbesondere durch den Sparappell der Bundesregierung, fühlbar eintreten wird, kann nicht vorausgesagt werden. Deshalb müssen weiterhin alle Möglichkeiten vorgeplant werden, um die ausreichende Versorgung der Stadt Wien mit elektrischer Energie sicherzustellen. Die Wiener Elektrizitätswerke hatten daher auch 1974 die enge Zusammenarbeit mit den anderen Landeselektrizitätsgesellschaften und der Verbundgesellschaft fortgesetzt, um das bestehende Ausbauprogramm laufend zu ergänzen und den Entwicklungstendenzen anzupassen. Im Februar 1974 wurde durch den Wiener Gemeinderat der Beschluß einer Beteiligung am zweiten österreichischen Gemeinschaftskernkraftwerk Stein/St. Pantaleon mit einem Anteil von etwa 12 Prozent der installierten Gesamtleistung gefaßt.

Der Anteil der Energieerzeugung mit Wasserkraft ist 1974 in den eigenen Anlagen leicht gestiegen, die stärkste Monatserzeugung an elektrischer Energie war wie seit Jahren im Monat Jänner zu verzeichnen. Die nähere Aufgliederung der Erzeugung und des Bezugs der Energie sowie die zeitliche Verteilung, die Energieabgabe nach Verbrauchergruppen und der Brennstoffverbrauch für die Erzeugung sind dem Kapitel 9 „Energiewirtschaft“ des Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien 1974 zu entnehmen.

Auch im Jahre 1974 mußten umfangreiche Ausbau- und Erhaltungsarbeiten an den Betriebsanlagen durchgeführt werden. Im Dampfkraftwerk Simmering wurde im Zuge der Erweiterung der 110 kV-Schaltanlage der Kabelweg von der Gruppe „J“ bis zur Übergabestation ausgebaut. Die beiden neu verlegten Kabelsysteme in Richtung Umspannwerk Kaiser-Ebersdorf wurden bespannt und am 1. Dezember in Betrieb genommen. Die Erneuerung der 220 V-Gleichstromanlage wurde abgeschlossen. Somit sind sämtliche Blockkraftwerke und Schaltanlagen mit getrennten Steuerspannungsbatterien und Gleichstromverteilanlagen in Betrieb. Im Blockkraftwerk 6 wurde der Einbau eines Saugzugebläses durchgeführt und der Betrieb am 6. August aufgenommen. Die Revisionsarbeiten in den Blockkraftwerken und im Werk 1 waren besonders aufwendig, konnten

aber im wesentlichen termingemäß durchgeführt werden. Im Blockkraftwerk 6 wurde eine Generalrevision vorgenommen, wobei der Hochdruckteil der Turbine im Auftrag der Kraftwerksunion in Holland überholt wurde. Für das neue, kombinierte 370 MW-Gas-Dampfturbinenblockkraftwerk 1/2 wurden die Planungsarbeiten fortgeführt und Mitte des Jahres die terminführenden Anlagenteile, wie Dampfkessel und Turbosätze, ausgeschrieben. Die Angebote der Lieferfirmen liegen bereits vor. Weiters wurden Gutachten über die zulässigen Schornsteinhöhen eingeholt und die wasserrechtliche Einreichung für die Kühlwasserversorgung des Blockkraftwerkes vom Donaukanal vorgenommen.

Im Dampfkraftwerk Donaustadt wurden beim Blockkraftwerk 1 während der ersten Revision von Mitte Mai bis Ende Juni 1974 die noch erforderlichen Nachbesserungen gemeinsam mit den Lieferfirmen durchgeführt. Gleichzeitig erfolgten auch die Vorbereitungsarbeiten für den Anschluß des Blockkraftwerkes 2 an das Nutzwasser-, Abwasser- und Heißdampfnetz. Das Blockkraftwerk 1 hat bereits am 25. Oktober 1974 nach 8.560 Betriebsstunden die Erzeugung von 1 Milliarde Kilowattstunden erreicht. Im Blockkraftwerk 2 wurden 1974 die Bau- und Montagearbeiten programmgemäß fortgesetzt. Zum Jahresende waren die Bauarbeiten praktisch abgeschlossen und an der Kesselanlage die Heizflächen montiert. Die Gleichstromanlage war in Betrieb, die 6 kV- und 400 V-Eigenbedarfsschaltanlagen waren betriebsbereit. Die Transformatoren und Kesselspeisepumpenaggregate wurden ausgeliefert und aufgestellt. Mitte November wurde mit der Kondensatormontage, der Rohrleitungs- und mit der Montage der Generatorableitungen begonnen. Im Wartebereich waren die Schaltpläne, Schalttafeln sowie die Schränke der Meß- und Regelanlagen Ende 1974 größtenteils bereits montiert und teilweise verkabelt. Da die Wasserfüllprobe am dritten Heizöllagerbehälter mit 32.600 Kubikmeter Fassungsraum im Dezember erfolgreich war, konnte der Behälter zur Füllung mit Heizöl freigegeben werden.

Im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau war anfangs Mai 1974 der Rohbau so weit fortgeschritten, daß mit den Montagearbeiten am Abgaskamin, an der Rückkühlanlage, an der Generatorableitung und in der 110 kV-Freiluftschaltstation begonnen werden konnte. Anfangs Juli wurden die Montagearbeiten im Bereich der Eigenbedarfsschaltanlage, an der Gasregelstation und der Luftfilteranlage aufgenommen. Die Auslieferung und Montage der Gasturbine begann termingemäß Mitte Juli. Zu diesem Zeitpunkt setzte auch die Rohrleitungs- und Inbetriebsetzungsprogramm in den entscheidenden Punkten termingemäß durchgezogen werden. Die Gasturbinenanlage wurde 18 Monate nach Baubeginn und nach einer Montagezeit von nur sechseinhalb Monaten für die gesamte Kraftwerksanlage am 17. November 1974 zum ersten Mal ans Netz synchronisiert und einen Monat später, nach notwendigen Korrekturen an zwei Schaufelreihen der Turbine, der Einstellbetrieb begonnen.

Am 25. September erfolgte die Inbetriebnahme der ersten Ausbaustufe des neugebauten 110/10 kV-Umspann- und Unterwerkes Schmelz mit drei 110 kV-Kabeln und zwei Regelleistungsumspannern mit je 40 MVA. Das Versorgungsnetz des neuen Umspannwerkes wurde von 5 kV auf 10 kV umgeschaltet und der 30 kV-Betrieb eingestellt. Im Umspannwerk Heiligenstadt wurde im Oktober mit dem Hochbau des 110 kV-Gebäudes begonnen. Die gesamte 10 kV-Anlage wird verstärkt und umgebaut. Die Inbetriebnahme der 110 kV-SF 6-Schaltanlage, der zweiten derartigen Anlage im Bereich der Wiener E-Werke, ist für 1976 festgelegt. Im Umspannwerk Penzing sind die Hochbauarbeiten für die 110 kV-Innenraumschaltanlage weitgehend abgeschlossen. In der 110 kV-Schaltanlage hat die Elektromontage begonnen. Die Planungsarbeiten für den Neubau der 110 kV- und 10 kV-Schaltanlage in den Umspannwerken Kaunitzgasse und Ottakring wurden fortgeführt. Im Umspannwerk Kandlerstraße wurde die 110 kV-Schaltanlage erweitert und verstärkt und der Ausbau der 20 kV-Schaltanlage im Umspannwerk Südost beendet. Im Umspannwerk Liesing konnte der Zubau zur 20 kV-Schaltanlage im Umfang von 21 Schaltfeldern fertiggestellt und die Anlage in Betrieb genommen werden. Ebenso wurden im Umspannwerk Leopoldau die Arbeiten für die Erweiterung der 20 kV-Schaltanlage abgeschlossen.

Zur Verbesserung der Energieversorgung der Straßen- und Stadtbahn wurden die Gleichrichterstützpunkte Stadtpark, Hauptzollamt, Donaukanal, Laurenzgasse, Grinzing, Laxenburger Straße und Heiligenstädter Straße in Betrieb genommen. Auf dem Gebiet des U-Bahn-Baues gingen die Arbeiten zügig voran. Im Unterwerk Karlsplatz wurde gegen Jahresende die Elektromontage durchgeführt.

Auch die Arbeiten an den Hochspannungsnetzen wurden 1974 fortgesetzt. Zwischen den Umspannwerken Schmelz und Kandlerstraße wurde erstmalig ein 110 kV-Polyäthylenkabelsystem verlegt. Die Kabelverlegungsarbeiten an der Strecke Kraftwerk Simmering—Umspannwerk Süd wurden begonnen und die der beiden 110 kV-Kabelsysteme zur Gasturbine Leopoldau beendet. Die 1973 begonnene Legung eines 30 kV-Kabels zwischen den Umspannwerken Michelbeuern und Klosterneu-

burg konnte abgeschlossen werden. Im 20 kV-Netz waren größere Kabelarbeiten notwendig, zum Beispiel für den Flughafen Schwechat, ferner im 10., 21. und 22. Bezirk sowie im Bereich von Liesing und Wiener Neudorf. Besonders umfangreiche 10 kV-Kabelverlegungen wurden für neue Wohnhausanlagen und Industrieaufschließungen im 10., 11., 22. und 23. Bezirk durchgeführt. Im Raum Aderklaa, in Großenzersdorf, Leobersdorf, Breitenfurt, Enzesfeld und Großhollenstein wurden neue Freileitungen in den 20 kV-Netzen zur besseren Stromversorgung dieser Gebiete errichtet. Die Umschaltung von 5 kV auf 10 kV Betriebsspannung im Netzgebiet der Umspannwerke Handelskai, Schmelz und Favoriten konnte abgeschlossen werden. Im Versorgungsnetz der Umspannwerke Penzing und Liesing wurde mit Vorbereitungsarbeiten für die Umschaltung begonnen und im Zusammenhang damit wurden 317 Netzstationen umgebaut beziehungsweise umgeschaltet.

Der Ausbau des Niederspannungs-Kabel- und -Freileitungsnetzes wurde weiter vorangetrieben. 625 Anschlüsse für 4.278 Stromabnehmer wurden von 3×220 V auf $3 \times 380/220$ V umgeschaltet. Der Anschlußwert beträgt 21.456 kW. Nach Jahresende 1974 verblieben noch etwa 900 Häuser zur Umschaltung.

Größere Arbeiten am Bahnkabelnetz erforderte der aus Gründen der Betriebssicherheit durchgeführte Umbau der Unterwerke Thury und Schmelz. Die notwendigen Kabelverlegungen im Zusammenhang mit der Errichtung der Gleichrichterstützpunkte Grinzing, Heiligenstadt und Laurenzgasse wurden abgeschlossen.

Für den U-Bahn-Bau mußte das Unterwerk Hauptzollamt außer Betrieb genommen werden und die von dort versorgten Bereiche der Stadtbahn durch Errichtung der neuen Gleichrichterstützpunkte Stadtpark, Donaukanal und Hauptzollamt versorgt werden. Im Bereich Karlsplatz wurde mit der Einbindung der Kabeltrasse für die U-Bahn begonnen. Das Hauptgewicht der Arbeiten lag 1974 in der Verlegung von Teilstrecken der 10 kV-Anspeisung für die Versorgung der U-Bahn-Unterwerke.

Umfangreiche Signalkabelverlegungen erfolgten außer im Zuge der 110 kV-Kabelstrecken im Bereich von Maria-Enzersdorf, Himberg und Moosbrunn. Die Signalkabellegung zum Gasturbinenkraftwerk Leopoldau wurde beendet.

Zu Jahresende standen im gesamten Versorgungsbereich der Elektrizitätswerke 7.374 Trafostationen mit 8.143 Netztransformatoren und einer Übertragungsleistung von 3.098.400 kVA in Betrieb. Es erhöhte sich somit die Anzahl der Trafostationen gegenüber dem Jahre 1973 um 298, jene der Netztransformatoren um 146 und die installierte Übertragungsleistung um 110.665 kVA.

Auf dem Gebiet der öffentlichen Beleuchtung wurden 9.033 Lampen und Leuchtstoffröhren neu in Betrieb genommen. Insgesamt sind im Wiener Stadtgebiet einschließlich der Verkehrsleuchten 231.149 Lampen und Leuchtstoffröhren mit einem Anschlußwert von 14.834 kW angeschlossen. Die mit den Erhaltungsarbeiten befaßte Abteilung der E-Werke mußte 89.436 ausgebrannte Lampen und Leuchtstoffröhren tauschen.

Auch im Jahre 1974 war der Kundendienst mit einer Fülle von technischen und kaufmännischen Problemen befaßt. Im Versorgungsgebiet der Wiener E-Werke waren zum Jahresende 1.256.846 Zähler angeschlossen, wobei sich eine Zunahme von 14.167 Stück ergab. Anlässlich der Montage des 1.250.000 Zählers in Wien-Floridsdorf, Großfeldsiedlung, wurde dem Jubiläumskunden durch den Amtsführenden Stadtrat ein Geschenk überreicht. 26.198 Anlagen wurden im Berichtsjahr neu angeschlossen und bei 17.569 aufgelassenen Anlagen mußten die Zähler abmontiert werden. Der Umtausch der Schaltuhren gegen Rundsteuerempfänger wurde zügig fortgesetzt und konnte im Bereich der Betriebsstelle Liesing abgeschlossen werden. Die Anfragen zur Genehmigung von Nachtspeicherheizanlagen waren weiter stark rückläufig. 4.600 Anfragekarten wurden eingereicht. 4.280 Nachtspeicherheizgeräte mit einem Anschlußwert von 25.341 kW konnten angeschlossen werden. Hingegen war die Anzahl der Küchen mit Elektroherden im Steigen. Es wurden 12.286 Elektroherde neu angeschlossen.

In der Zählerwerkstätte sind im abgelaufenen Jahr 71.368 Zähler repariert und von diesen 11.052 Stück auf eine höhere Stromstärke umgebaut worden. Für die Verlegung des Zählerdienstes in das neuerworbene Haus der Elektrizitätswerke in 9, Mariannengasse 27, wurden die notwendigen Vorbereitungen getroffen. Nach Durchführung der Umbauarbeiten kann im Frühjahr 1975 mit der Übersiedlung gerechnet werden. Versuche zur Einführung der Stichtagablesung mit Rundsteuerempfängern und Wirkverbrauchsmaximumgeräten mit Fernauslösung wurden weitergeführt. Am Programm für die Schaffung von Verrechnungsunterlagen der Höchstverbraucher über Maxiprint-Codedrucker, Lesemaschine und Datenverarbeitung wurde weitergearbeitet; insbesondere wurde eine photoelektrische Ablesemaschine mit Magnetbandgerät angeschafft und der Einbau der Maxiprint-Codedrucker beschleunigt.

In den Gebieten in Niederösterreich, die von den Wiener Elektrizitätswerken versorgt werden, wurden der Ausbau und die Verstärkung des Verteilnetzes fortgesetzt, wobei aus sicherheitstechnischen und verkehrstechnischen Gründen vor allem Verkabelungen durchgeführt werden mußten. Die große Siedlungstätigkeit erforderte die Errichtung zahlreicher Netztransformatorenstationen in diesem Gebiet. Die Außenstelle Schranawand wurde aufgelassen.

Der kaufmännische Bereich der E-Werke stand ebenfalls vor großen Problemen. Die energiewirtschaftliche Situation des abgelaufenen Geschäftsjahres war durch die Verknappung und Verteuerung der Primärenergieträger und der damit verbundenen Preissteigerung gekennzeichnet. Die Anhebung des Raffinerie-Abgabepreises für schweres Heizöl auf nahezu das Doppelte im Februar 1974 gab zu Besorgnis Anlaß, vor allem die Finanzierung von Investitionen für die Stromversorgung war ernsthaft gefährdet. Nach wie vor sind die E-Werke aber angehalten, für die ordnungsgemäße Strombedarfsdeckung Vorsorge zu treffen. Die zuletzt genehmigte Tarifregulierung konnte lediglich eine temporäre Linderung der finanziellen Situation herbeiführen. Der bei Tarifregulierungen auftretende Mehranfall an Arbeit, insbesondere in der Gas- und Stromverrechnung, erforderte ständige Rationalisierungsmaßnahmen und die bessere Ausnützung bereits gespeicherter Daten. Eine Verbesserung des Kundendienstes konnte auch durch die Renovierung der Hauptkasse und den dort geschaffenen optimalen Sicherheitsbedingungen erreicht werden. Die Hauptbuchhaltung erhielt zwei Büroccomputer, desgleichen wurde in der Verrechnungsstelle für sonstige Lieferungen und Leistungen eine moderne Buchungsmaschine aufgestellt, um den Datenfluß so zu gestalten, daß er in das beabsichtigte integrierte Informationssystem leichter eingebaut werden kann. Die Umstellungsarbeiten gingen über das Jahresende hinaus.

Im Laufe des Jahres 1974 sind bei einem Personalstand von 3.977 Bediensteten, einschließlich jener des Rechenzentrums, 141 Dienstnehmer durch Unfälle zu Schaden gekommen, um 10 mehr als 1973. 45 Schwerverletzte und 2 Todesfälle waren darunter zu beklagen. 27 Unfälle ereigneten sich auf dem Weg von oder zur Dienststelle, 11 waren Elektrounfälle. Von den schweren Unfällen ereigneten sich 33 im Betrieb, 12 waren sogenannte Wegunfälle, darunter 8 durch Kraftfahrzeuge verursacht. Die beiden tödlichen Elektrounfälle ereigneten sich in den eigenen Hochspannungsanlagen. Da sich als häufigste Unfallursache nach wie vor „Unachtsamkeit“ herausstellte, war der sicherheitstechnische Dienst der E-Werke vor allem bemüht, durch Vorträge, Unfallverhütungsfilm und Aufklärungsschriften auf die Gefahren und deren Vermeidung hinzuweisen. Weiters wurden gemeinsam mit dem betriebsärztlichen Dienst, dem Unfallverhütungsdienst der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt und dem Arbeiter-Samariterbund sechs Erste-Hilfe-Kurse abgehalten.

1974 haben sich in den Anlagen der Wiener Elektrizitätswerke acht kleine Brände ereignet, die durch das eigene Personal gelöscht werden konnten. Alle Objekte und Geräte wurden im Laufe des Jahres mehrmals, zum Teil gemeinsam mit der Wiener Feuerwehr und dem Arbeitsinspektorat, auf Feuersicherheit überprüft und in Ordnung befunden.

Das chemische Laboratorium der Elektrizitätswerke ist staatlich autorisierte Prüfstelle für Isolieröle und führte außer den Untersuchungen für den Bedarf der werkseigenen Anlagen auch solche für fremde Firmen durch, insgesamt 7.657 Analysen. Im Rahmen der Wiener Stadtwerke wurden für die Verkehrsbetriebe sämtliche Schmier- und Treibstoffe auf ihre Eignung geprüft. Das physikalische Laboratorium ist ebenfalls staatlich autorisierte Prüfstelle und außerdem Prüfstelle des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs. Es nahm 4.300 Betriebsmittelprüfungen für die Wiener E-Werke vor, 1.870 für fremde Firmen, ferner 310 Prüfungen an Verbrauchsgeräten, 180 Prüfaufträge für Installationsmaterial und 980 Prüfungen von Glühlampen, Leuchten und Zubehör. Weiters wurden 5.643 Prüfzeichen und 1.773 Prüfzeichenbescheinigungen ausgegeben. Die Betriebsmittelprüfungen wurden sowohl für die E-Werke als auch für fremde Firmen durchgeführt; die Prüfungen an Elektrogeräten, Installationsmaterial, Leuchten und dergleichen dienen der Erlangung des Österreichischen Prüf- und Qualitätszeichens.

Die Ausweitung der Arbeitsgebiete, insbesondere durch den Bau des Kraftwerkes Donaustadt, des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau sowie die größere Anzahl an U-Bahn-Baustellen, führte zu einer entsprechenden Erhöhung der Fahrleistungen des Kraftwagenbetriebes im Jahre 1974 gegenüber 1973.

Gaswerke

Im Jahre 1974 wurden zur Erzeugung von Stadtgas 67,917.200 m³ Erdgas-Luftspaltgas, 105,002.900 m³ Aeromethan und 292,719.800 m³ Wasserdampfspaltgas erzeugt und 164,544.700 m³ Erdgas direkt beigemischt. Die gesamte Stadtgaserzeugung betrug 630,184.600 m³, das sind um 150,983.900 m³ oder 19,3 Prozent weniger als 1973.

Von den beiden Werken Simmering und Leopoldau wurden für die Stadtgaserzeugung 307,282.002 Normalkubikmeter Erdgas bezogen und zur Direktbeimischung, Luft- und Wasserdampfpaltgaserzeugung, Aeromethanerzeugung sowie zur Kesselunterfeuerung verwendet. An der Stadtgaserzeugung war das Werk Simmering mit 32,8 Prozent und das Werk Leopoldau mit 67,2 Prozent beteiligt. Berücksichtigt man die Behälterdifferenzen von 77.000 m³, dann haben die Werke insgesamt 630,107.600 m³ Stadtgas abgegeben. Diese Menge ist um 19,4 Prozent kleiner als die entsprechende des Jahres 1973.

Das Stadtgas besteht aus Spaltgasen unter Zusatz von reinem Erdgas. In den Spaltanlagen wurde auch Naphtha (Benzin) als Rohstoff verwendet. Der Kohlenmonoxydgehalt des Stadtgases betrug beim Werk Simmering 2,1 Prozent, beim Werk Leopoldau 1,4 Prozent. 608,802.459 m³ Stadtgas wurden verkauft, 1,142.141 m³ für den eigenen Bedarf außerhalb des Erzeugungsbereiches verwendet. 3,2 Prozent der abgegebenen Stadtgasmenge oder 20,163.000 m³ betrug der Meßverlust.

Die Umstellung der Stadtgasversorgung auf reine Erdgasversorgung bringt auf Grund der jährlichen Umstellungsleistung ein ständiges Absinken der Stadtgasabgabe, aber zugleich eine Zunahme bei der Erdgas-Direktabgabe an Tarifabnehmer mit sich. Nach Umrechnung der Erdgas-Direktabgabe an Tarifabnehmer auf Grund des Wärmewertes — Erdgas/Stadtgas — auf Stadtgas ergab sich gegenüber der abgegebenen Gasmenge von 1.042,972.700 m³ im Jahre 1973 ein Absinken auf 1.029,295.100 m³. Die Erdgasabgabe an die Tarifnehmer belief sich auf 181,140.984 Normalkubikmeter, gegenüber 1973 um 62,023.301 Normalkubikmeter oder 52,1 Prozent mehr. Die abgegebene Erdgasmenge entspricht, nach ihrem Wärmewert umgerechnet, einer Stadtgasmenge von 399,187.500 m³ oder 38,8 Prozent der gesamten Gasabgabe an Tarifabnehmer auf Basis Stadtgas. Je Tarifabnehmer wurde eine durchschnittliche Gasabgabe von 1.314 m³ errechnet.

Die Rohrnetzberechnungsarbeiten waren 1974 im wesentlichen durch umfangreiche Vorbereitungsarbeiten gekennzeichnet. Die Beurteilung der an die Gaswerke gerichteten Heizgasanträge in den von der Rohrnetzberechnung erfaßten Meßgebieten ergab ein neues umfangreiches Arbeitsfeld. Im Detail zeigten sich erhebliche Rohrnetzschwächen im Meßgebiet Atzgersdorf, Liesing, Perchtoldsdorf und Brunn am Gebirge.

Die Umschaltung des Versorgungsnetzes der Wiener Stadtwerke — Gaswerke von Stadtgas auf Erdgas wurde das ganze Jahr 1974 planmäßig fortgesetzt. Nach der Pause zur Jahreswende 1973/74 wurde die noch 1973 begonnene Umstellung der Phase 4, das sind Teile des 10., 12. und des 23. Wiener Gemeindebezirkes, ebenso der 11. Bezirk und Schwechat mit Umschaltung der Regleranlage Windtenstraße und Quellenstraße sowie des von diesen Anlagen versorgten Gebietes, fortgesetzt und mit Rayon 169 (Unter-Meidling) am 22. Jänner abgeschlossen. Anschließend begann die Umstellung der Phase 5, das ist der Rest des 13. Bezirkes, Teile des 12. und 15. Bezirkes sowie des 14. Wiener Gemeindebezirkes und Purkersdorf. Am 10. Mai waren mit Rayon 184 die Umstellungsarbeiten des 13. Wiener Gemeindebezirkes beendet.

In Anbetracht der kritischen Versorgungslage in Hadersdorf und Hütteldorf mußte die vorgesehene Umstellung des 14. Bezirkes, von Purkersdorf aus beginnend, auf die gaskonsumarme Sommerzeit verschoben werden; es wurde dafür die Umstellung des südlich der Westbahn gelegenen Teiles des 15. Bezirkes durchgeführt. Hier wurde im Rahmen einer kleinen Feier die 250.000. Gasanlage umgestellt. Am 1. Juli konnte mit Rayon 192 in Purkersdorf und Hadersdorf begonnen und mit Rayon 213 die Umstellung des 14. Wiener Gemeindebezirkes am 23. November abgeschlossen werden.

Am 7. September wurde in einer Pressekonferenz auf die nun bereits seit 4 Jahren laufende Umstellung sowie auf den Umstand, daß damit bereits die Hälfte der gesamten Umstelldauer erreicht wurde, hingewiesen. Gegenüber dem ursprünglichen Umstellplan ergaben sich jedoch einige Änderungen. Bedingt durch den beschleunigten Ausbau der Schüttelstraße mußte ein Teil des 2. Bezirkes vorzeitig umgestellt werden. Um eine komplette Auswechslung des in diesem Straßenzug verlegten Mitteldruckrohrstranges zu umgehen, wurde durch vorzeitige Umstellung der von diesem Rohrstrang versorgten Regleranlagen der schadhafte Rohrstrang totgelegt. Am 25. November wurde mit der teilweisen Umstellung im 2. Wiener Gemeindebezirk begonnen und nach 4 Rayons am 20. Dezember vorübergehend abgeschlossen.

Eine weitere Änderung gegenüber dem ursprünglich festgelegten Umstellplan ergab sich durch den stark steigenden Konsum im Erdgasgebiet einerseits und durch zahlreiche Gebrechen am Erdgas-Mitteldruckrohrstrang 3 andererseits. Die bisher zur Versorgung des bereits umgestellten südlichen und westlichen Stadtgebietes dienenden beiden Mitteldruckrohrstränge XIII und 3 waren an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, Rohrstrang III, der annähernd parallel zum Mitteldruckrohrstrang 3 verläuft, vorzeitig auf Erdgas umzustellen, um für den Winter 1975/76 eine zusätzliche Transportmöglichkeit von Erdgas in die bereits umgestellten Gebiete zu schaffen. Hierbei ist es aber erforderlich, die Wiener Gemeindebezirke 4 und 5 zur Gänze,

anschließend Teile des 3., 6. und 7. Bezirkes vorzeitig in die direkte Erdgasversorgung einzu beziehen. Erst anschließend, gegen Ende 1975, können die restlichen Stadtgaskonsumenten des 15. Wiener Gemeindebezirkes auf Erdgasversorgung umgestellt werden.

Insgesamt waren Ende 1974 in den Rayons 166 bis 217 von 106.585 erhobenen Anlagen 102.683 Haushalte oder 96,3 Prozent mit 204.217 Geräten umgestellt. Die Gerätedichte betrug daher 1,99 gegenüber 1,89 Ende 1973. Auf Grund der Umrechnungsformel — Hochgerechnete Umstelleistung ist gleich erbrachte Umstelleistung mal vorhandener Anschlußdichte dividiert durch die durchschnittliche Anschlußdichte von 1,87 — ergab sich eine gesamte Umstelleistung von 109.272 Anlagen. Von den umgestellten 204.217 Haushaltsgeräten waren 63.060 als nicht umbauwürdige Geräte gekennzeichnet. Die Umtauschaktion wurde fortgesetzt, wobei sich der Trend zum freiwilligen Tausch der Warmwassergeräte weiterhin bestätigte. Im Vergleich der Umstelleistungen der letzten 2 Jahre wurden folgende Gasgeräte umgestellt beziehungsweise neu angeschlossen:

	1973	1974
Kochgeräte	86.285	101.141
Warmwassergeräte	56.728	69.254
Heizgeräte	22.125	33.554
Sonstige Geräte	131	268

Im Rahmen der Geräteumtouschaktion „Erdgas für Wien“ wurden im Jahre 1974 insgesamt 68.893 Geräte verkauft und angeschlossen, und zwar 39.602 Koch-, 24.441 Warmwasser- und 4.850 Heizgeräte.

Die Durchführung der Erdgasumstellung in Gewerbe- und Industriebetrieben und in öffentlichen Anlagen und Hauswaschküchen wurde in den umgestellten 51 Rayonen gemeinsam mit der Umstellfirma vorbereitet, die Umstellung selbst geleitet und überprüft. Im Gegensatz zum Sektor Haushalte konnten die organisatorischen Vorarbeiten für die gewerblichen und industriellen Gasfeuerstätten nicht über die EDV-Anlage abgewickelt werden. Für die Feststellung des Kostenzuschusses der Wiener Stadtwerke — Gaswerke mußten die Geräte kontrolliert und umstellbedingte Arbeit streng von technischer Verbesserung getrennt werden. Um spätere Schadenersatzforderungen der Betriebe auszuschließen, war eine Wirkungsgradüberprüfung der größeren Anlagen und eine generelle Leistungsfeststellung notwendig.

Insgesamt wurden 2.717 (1973: 3.018) gewerbliche und industrielle Anlagen mit 7.573 (1973: 10.963) Gasgeräten und Gasfeuerstätten von Stadtgas auf Erdgas umgestellt. Die Verminderung der Anzahl der Anlagen und der Geräte ist dadurch bedingt, daß die Umstellung im Gegensatz zum Jahre 1973 vorwiegend in Wohngebieten durchgeführt wurde, wo der Anteil an Gewerbe- und Industrieanlagen geringer ist. Für einige größere Objekte, die einen größeren Planungsaufwand für die Umstellung erfordern, war es notwendig, vorerst die Erhebungsarbeiten durchzuführen. Außerdem wurden 466 städtische Hauswaschküchen mit 702 Geräten nach der Umstellung überprüft.

Auch 1974 mußten umfangreiche Ausbau- und Erhaltungsarbeiten an den Betriebsanlagen der Gaswerke durchgeführt werden. Im Werk Simmering konnten im Zuge der Errichtung einer Erdgas-Druckregel- und Meßstation für Erdgasumstellung der Bau einer Regelstrecke und einer Regelstraße von der ADOS-Leitung sowie die Einbindung in die ADOS-Leitung fertiggestellt, außerdem die Schallisolation der Rohrleitungen und Apparate der Regelstation angebracht sowie Kondensatsammelbehälter und Pumpe zur Kondensatrückführung in das Kesselhaus montiert werden. Von der Neuherstellung der Erdgaszuleitung samt Kopfstation wurde der Anschluß der Nordleitung an die Erdgasreglerstation vollzogen. Die bestehende Heizstation konnte erweitert werden, Vorwärmer und Pumpen sowie die Dampfleitung für Beheizung des Behälters 6 wurden montiert. Abgeschlossen wurden ferner die Montage eines Personen- und Lastenaufzuges und sanitäre und elektrische Installationen im Zuge der baulichen Änderung bei der Errichtung eines Gaszählerlagers im ehemaligen Gebläsehaus der WD-Anlage 4. Die Planungsarbeiten für eine Erweiterung dieses Gaszählerlagers im ehemaligen Meßwartengebäude waren im Gange.

Im Werk Leopoldau konnten im Verlauf der Anschaffung und Montage eines Kranes in der CCR-Anlage III die Montage der Kranbahn und diverser Laufkatzenräger abgeschlossen sowie Stark- und Schwachstromkabel für den Kran verlegt werden. Begonnen wurde mit den Planungsarbeiten an der Vorregelstation und der Heizwasseranlage für die Vorwärmung des Erdgases für die vorgesehene Erdgas-Druckregel- und Meßstation.

Beim Bau der Hochdruck-Transportleitung für Erdgas Breitenlee—Gaswerk Leopoldau konnten eine Reihe von Arbeiten abgeschlossen und weitere Planungen durchgeführt werden.

Im Hauptrohrnetz für Stadtgas wurden 5.148 m neue Hauptrohrleitungen verlegt; davon 2.863 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen und 2.285 m Niederdruckrohrleitungen.



Bürgermeister Leopold Gratz und Amtsf. Stadtrat Franz Nekula (Städtische Unternehmungen) bei der Übernahme acht neuer, umweltfreundlicher Großraum-Autobusse für die Wiener Verkehrsbetriebe

Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe

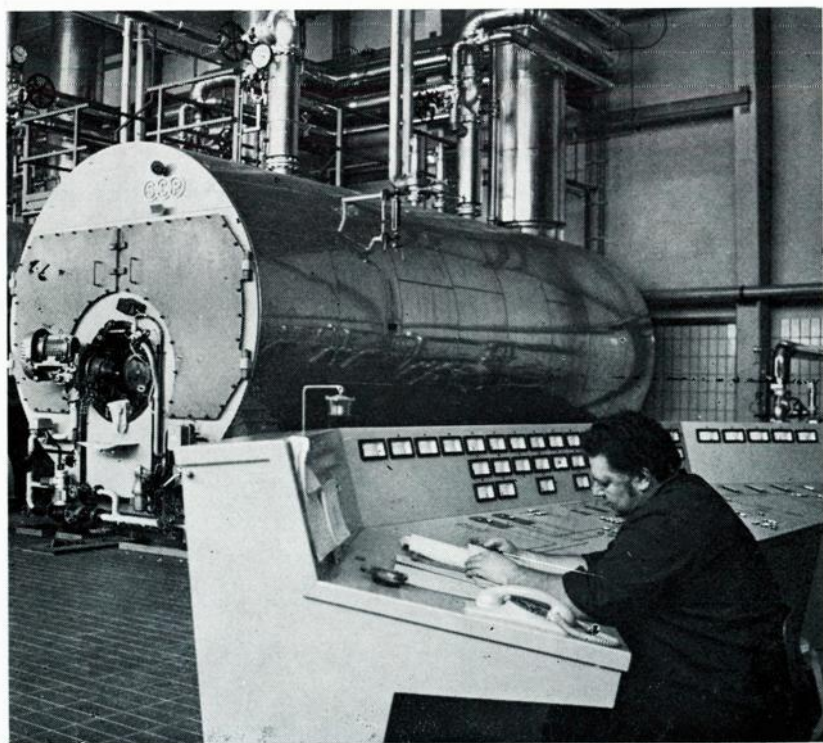
Die Straßenbahnlinie 167 wurde bis zum neuen Kurzentrum in Ober-Laa und damit auch bis zur WIG 74 verlängert



Die neue Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe in Simmering



Wr. Stadtwerke —
Verkehrsbetriebe



Das Kesselhaus der
Zentralwerkstätte

Neue Hauptrohrverlegungen wurden zur Versorgung neu entstandener Wohngebiete im 14. Bezirk, Huttergasse, und im 17. Bezirk, Richthausenstraße, durchgeführt. Größere neue Hauptrohrstränge mußten auch in den niederösterreichischen Gemeinden Klosterneuburg und Gugging verlegt werden.

Aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen wurden 6.565 m Rohrleitungen gewechselt; davon 607 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen und 5.958 m Niederdruckleitungen. In den ausgewechselten Hauptrohrleitungen sind 288 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen und 1.342 m Niederdruckrohrleitungen enthalten, die im Zuge des U-Bahn- und des Autobahnbaues umgelegt oder ausgewechselt werden mußten. 1.720 m Hochdruck- und 2.148 m Niederdruckrohrleitungen wurden außer Betrieb gesetzt und von Stadtgas auf Erdgas 22.129 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen und 254.887 m Niederdruckrohrleitungen umgeschaltet.

Die Gesamtlänge des Stadtgasrohrnetzes betrug am Jahresende 1974 1.078.100 m, davon entfielen 112.396 m auf das Hochdruck- und Mitteldruckrohrnetz und 965.704 m auf das Niederdruckrohrnetz. Der Rauminhalt des gesamten Stadtgashauptrohrnetzes belief sich am Ende des Jahres auf 85.355 m³, davon 26.661 m³ im Hoch- und Mitteldruck- und 58.694 m³ im Niederdruckrohrnetz. Neu verlegt wurden für Erdgas 4.138 m Hauptrohrleitungen, davon 1.661 m Hochdruck- und Mitteldruck- und 2.477 m Niederdruckrohrleitungen. Neue Hauptrohrverlegungen mußten im 2. Bezirk, Rustenschacherallee, im 3. Bezirk, Obere Weißgerberstraße, Erdberger Lände, und im 23. Bezirk, Forchheimergasse, durchgeführt werden. Größere neue Erdgas-Hauptrohrverlegungen wurden in den niederösterreichischen Gemeinden Langenzersdorf, Schwechat und Guntramsdorf getätigt. Die Umlegungsarbeiten von Erdgasrohrsträngen für das Industrieaufschließungsgebiet „Erdbergermais“ und im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahn im 3. und 11. Bezirk wurden das ganze Jahr über fortgesetzt.

Ebenfalls aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen wurden 21.483 m Erdgashauptrohrleitungen gewechselt; davon waren 3.057 m Hochdruck- und Mitteldruck- sowie 18.426 m Niederdruckrohrleitungen. Weiters wurden 367 m Erdgashochdruck- und Mitteldruckleitungen sowie 1.142 m Erdgasniederdruckleitungen außer Betrieb genommen, ferner 22.129 m Hochdruck- und Mitteldruck- sowie 254.887 m Niederdruckrohrstränge von Stadtgas auf Erdgas umgeschaltet.

Die Gesamtlänge des Erdgashauptrohrnetzes betrug Ende 1974 einschließlich 63.593 m Erdgas-Hochdrucktransportleitungen 1.703.757 m; davon entfielen 267.329 m auf das Erdgas-Hochdruck- und -Mitteldruckrohrnetz und 1.436.428 m auf das Erdgas-Niederdruckrohrnetz. Der Rauminhalt des gesamten Erdgashauptrohrnetzes wurde mit 69.333 m³ errechnet, wovon 25.004 m³ auf das Erdgas-Hochdruck- und -Mitteldruckrohrnetz und 44.329 m³ auf das Erdgas-Niederdruckrohrnetz entfielen.

Die Bauaufsicht hat im Jahre 1974 beim Stadtgashauptrohrnetz 15.372 und beim Erdgashauptrohrnetz 10.005 fremde Aufgrabungen überprüft. Im Zuge dieser Aufgrabungen wurden 1.534 Stellen am Stadtgashauptrohrnetz und 4.060 Hausanschlüsse, am Erdgashauptrohrnetz 1.908 Stellen und 3.243 Hausanschlüsse freigelegt. Am Hauptrohrnetz für Stadtgas wurden 50, für Erdgas 51 Rohrbrüche behoben, 1.736 beziehungsweise 2.135 Muffen dichtgemacht und 94 und 400 sonstige Rohrschäden beseitigt. Auch bei den 540 Schadensbehebungen an privaten Stadtgas- und Erdgaszuleitungen handelte es sich um verschiedenartige Rohrschäden.

Ende 1974 standen 198 Druckregleranlagen gegenüber 188 Ende 1973 in Betrieb, darunter 129 Gebietsregler, davon wieder waren 49 Stadtgas- und 80 Erdgasregler. Bei den Behältern und Gasförderanlagen Baumgarten, Brigittenau und Wienerberg wurden laufend Erhaltungs-, Überholungs- und Ausbauarbeiten durchgeführt. Der Behälter und die Verdichteranlage Baumgarten wurden am 6. August 1974 auf Erdgasbetrieb umgeschaltet und speichern und verdichten seither Erdgas. Weiters wurden 1.371 Zuleitungen neu hergestellt, 848 instand gesetzt und 5 getrennte Zuleitungen wieder an das Gashauptrohrnetz angeschlossen. Vom Gashauptrohrnetz wurden 585 Zuleitungen getrennt. Anlässlich der Herstellung von neuen Straßenbelägen wurden 134 Zuleitungsuntersuchungen durchgeführt. Insgesamt waren zum Jahresende 94.309 Zuleitungen zu betreuen.

Die Zahl der Stadtgaszähler hat sich im Jahre 1974 durch 3.000 Neuaufstellungen, 5.628 Wegnahmen und 104.135 Abgänge infolge der Erdgasumstellung um insgesamt 106.763 verringert. Außerdem wurden 9.737 Vergrößerungen, 166 Verkleinerungen und 7.241 andere Wechslungen durchgeführt. Die Zahl der Erdgaszähler hat sich im Jahre 1974 durch 3.585 Neuaufstellungen, 2.254 Wegnahmen und 104.135 Zugänge um insgesamt 105.466 erhöht. Außerdem waren 7.207 Vergrößerungen, 58 Verkleinerungen und 6.735 Wechslungen vorzunehmen. Insgesamt standen am 31. Dezember 462.681 Stadtgaszähler mit einer Anschlußleistung von 1.672.772 m³/h und 320.233 Erdgaszähler mit der Anschlußleistung von 1.302.176 m³/h in Verwendung. Die Gesamtsumme aller Zähler hat sich damit von 784.211 zu Ende 1973 auf 782.914 verringert, die Anschlußleistung von 2.922.386

auf 2,974.948 m³/h erhöht. Die Gesamtzahl der Wohnungsgaszähler allein hat sich von 741.671 im Jahre 1973 auf 740.609 vermindert. In Waschküchen, Gemeinschaftsbädern und Heizanlagen standen 6.083 Münzgaszähler und 221 Hochleistungsgaszähler in Benützung.

In den eigenen Werkstätten wurden 39.017 Gaszähler untersucht, davon wegen innerer Fehler oder gewaltsamer Beschädigung 1.109 durch eine Generalreparatur instand gesetzt. 5.254 wurden mit dem Kubiziergerät vorgeprüft und amtlich geeicht. Außerdem waren noch an weiteren 5.239 Gaszählern kleinere Reparaturen durchzuführen. Bei verschiedenen Gaszähler-Erzeugerfirmen wurden auf Kosten der Gaswerke 301 Gaszähler repariert, 571 mußten kostenlos instand gesetzt werden, da die Garantiefrist der Firma noch nicht abgelaufen war.

An 28.555 Leitungsanlagen wurde die vorgeschriebene Dichtheitsprüfung durchgeführt, wobei sich in 1.098 Fällen Beanstandungen ergaben. Der Hausdienst wurde wieder für die verschiedensten Arbeiten, wie Erhebungen, Standablesungen, Wartungen, Funktionsprüfungen und Kommissionen eingesetzt, zum Teil auch bei der Umstellung von Stadtgas- auf Erdgasversorgung.

Ende 1974 verwendeten 13.597 Gewerbe- und 6.854 Industriebetriebe Stadtgas oder Erdgas. Die Gasgeräte und Gasfeuerstätten von 31.222 Anlagen wurden durch gewerbliche Monteure überprüft und nach Möglichkeit instand gesetzt. Wo größere Arbeiten zur Behebung von Mängeln erforderlich waren, wurden die Inhaber aufgefordert, die Instandsetzung durch Fachfirmen durchführen zu lassen. Danach wurden die Geräte neuerlich überprüft.

24.862 Anträge auf Verwendung von Heizgas wurden im Laufe des Jahres erledigt, davon 24.715 Anträge mit einer Nennbelastung von 676.700 Mcal/h genehmigt; 147 Anträge mit einer Nennbelastung von 59.876 Mcal/h mußten abgelehnt werden. Auf Grund der Genehmigungen konnten 8.092 Strahler und Radiatoren, 6.393 Außenwandheizöfen, 663 Speicheröfen und 13.777 Gasheizkessel an das Gasnetz angeschlossen werden.

Insgesamt liefen 92.483 Störungsmeldungen ein. In 23.087 Fällen handelte es sich um tatsächliche Störungen und Gebrechen, in 6.748 Fällen war eine Reinigung der Zuleitungen mit CO₂ und Vakuum vorzunehmen; 62.648 Meldungen betrafen Ein- und Abschaltungen, Anlagenuntersuchungen und routinemäßige Überprüfungen. Der Rostanfall bei den mit Erfolg durchgeführten Vakuumreinigungen von 6.672 Zuleitungen betrug 9.923 kg, das sind im Durchschnitt 1,48 kg je Zuleitung.

Dem Sicherheitsdienst wurden insgesamt 64 Gas- und Abgasvergiftungen gemeldet, wobei 74 Personen verunglückten. Von den 35 Todesfällen waren 9 Selbstmorde und Morde, 2 Unfälle durch Gasausströmung und 14 durch Abgase zu beklagen. In 10 Fällen blieben die Ursachen zweifelhaft. Unter den an Gas- und Abgasvergiftungen erkrankten Personen waren es 25 Selbstmord- und Mordversuche, 2 Unfälle durch Gas- und 9 durch Abgasausströmung; bei 3 Gasvergiftungsfällen konnte die Ursache nicht geklärt werden.

Die Informationsstelle Mariahilfer Straße suchten im Jahre 1974 60.743 Personen auf. 23.134 bestellten Erdgasgeräte, 679 kamen zu Heizungsberatungen und 114 wegen Berechnung des Wärmebedarfes ihrer Wohnungen mit einem Wärmewert von 1,989.776 WE/h. Im Erdgas-Informationsbus waren 46.800 interessierte Besucher zu verzeichnen, die 43.330 Erdgas-Gerätebestellungen tätigten. Den Ausstellungsstand der Gaswerke bei der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse besichtigten rund 200.000 Messebesucher. Rund 20.000 Stück Werbebeihilfe und Broschüren wurden kostenlos abgegeben. In 490 Wagen der Stadt- und Straßenbahnen wurde das Werbeplakat „Wir wollen die Sonne auch sehen, wenn sie scheint“ affiziert. Werbetexte wurden in Büchern und Broschüren eingeschaltet. Allein am „Tag der offenen Tür“ der Wiener Stadtwerke waren zum Erdgasinformationsbus rund 2.200 Besucher gekommen, wobei 4.000 Stück Informationsschriften verteilt wurden. Alle Informationen, Werbungen und Beratungen waren auf die Benützung von Erdgas ausgerichtet. Es nahmen auch wieder Vertreter der Gaswerke an den Sitzungen des Arbeitskreises für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit der Wiener Stadtwerke, an den Sitzungen der Gemeinschaftswerbung der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach sowie an den Pressesitzungen der Landesinnung Wien der Installateure teil.

Die Gasgemeinschaft Wien finanzierte den Ankauf von 3.046 Gasgeräten sowie von 987 Installationen im Werte von 28,405.429 S, um 181 Gerätekäufe und 120 Installationen mehr als 1973. Durch die Badezimmeraktion wurde die Einrichtung von 1.234 Badezimmern in der Kostenhöhe von 29,414.530 S ermöglicht. Insgesamt wurden 57,819.959 S vorgestreckt.

In der „Behördlich autorisierten Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke — Gaswerke“ wurden Prüfungen von Allgas- und Multigasgeräten für Koch- und Heizzwecke durchgeführt. In 104 Haupt-, Nach-, Funktions- und Ergänzungsprüfungen wurden Gasherde, Einbaukocher, Wasserheizer, Umlaufwasserheizer (mit Warmwasserbereitung), Heizöfen, Heizkessel, Lufterhitzer, Speicher, Kugelhähne, Gasprüfer und Waschmaschinen einer Kontrolle unterzogen. Wei-

ters wurden 26 Back-, Brat- und Grillversuche praktiziert, 183 Gasheizanlagen mit Gebläsebrennern überprüft und zahlreiche Prüfungen und Versuche, Heizwertbestimmungen und Arbeiten verschiedenster Art getätigt.

Aus dem Studium in- und ausländischer Fachzeitschriften und der Führung einer Literatur- und Lichtbildkartei geprüfter Geräte wurden wertvolle Erkenntnisse und Anregungen gesammelt. Die Mitarbeit an dem „Comité Européen de Coordination des Normes“ und beim Unterausschuß der „Internationalen Gas-Union“ für Maßeinheiten sowie bei anderen „Internationalen Gas-Union“-Ausschüssen und Gemeinschaften bildete ebenfalls einen Teil des Aufgabenbereiches der Versuchsanstalt.

Verkehrsbetriebe

Die Fahrgastfrequenz von Straßenbahn und Stadtbahn ist im Jahre 1974 um 1,7 Prozent auf 333,6 Millionen Beförderungsfälle zurückgegangen, die Wagen-Nutz-Kilometerleistung um 0,5 Prozent auf 73,3 Millionen gestiegen. Die größte Fahrleistung auf der Straßenbahn, ausgenommen jene am 1. November, wurde am Mittwoch, dem 30. Oktober, mit 179.314,4, auf der Stadtbahn am Montag, dem 29. April, mit 68.818,5 Wagen-Nutz-Kilometern erzielt. Am Jahresende standen 39 Straßenbahn- und 4 Stadtbahnlinien in Betrieb. Der Stand der Fahrbediensteten ist 1974 auf 2.859 gesunken. Der Rückgang wurde durch Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen.

Als wirksame Maßnahme zur Personaleinsparung kamen zu dem Einsatz von schaffnerlosen Zügen auf den Linien O, 6, 26, 42, 60 und 66 im Jahre 1974 noch die Linien 8 und 18 hinzu. Auf den Linien E 2 und H 2 wurden 3 Wagenzüge mit je 2 schaffnerlosen Beiwagen mit Fahrscheinentwertern (bisher nur je 1 schaffnerloser Beiwagen) eingesetzt.

Ab 7. Jänner wurde die Straßenbahnlinie 11 eingestellt und dafür die Linie A bis zur Stadlauer Brücke verlängert sowie die Autobuslinie 11 A vom Elderschplatz zur Griegstraße eingerichtet. Ab 18. Februar erfolgte die Verlängerung der Linie 167 anlässlich der Inbetriebnahme des Kurzentrums Ober-Laa bis zum Kurhaus. Einen vermehrten Wageneinsatz und besondere Verkehrsmaßnahmen erforderten die Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, die autofreien Tage, die Wiener Festwochen, der Muttertag, Allerseelen, der Vorweihnachts- und der Silvesternachtverkehr, ferner Veranstaltungen im Stadion, auf den übrigen Sportplätzen, in der Stadthalle, auf dem Renn- und Trabrennplatz, Ostern und Pfingsten, die Eröffnung der WIG 1974 am 18. April, der Kongreß der Zeugen Jehovas vom 1. bis 4. August, der „Tag der offenen Tür“ am 28. September sowie die Bade- und Ausflugstage. Schülerverstärkungsfahrten wurden auf den Straßenbahnlinien J, 10, 26, 38, 60 und der Stadtbahn DG/GD und WD geführt.

Die Betriebsüberwachung wurde von 121 Revisoren besorgt. Sie haben bei 269.164 Wagenkontrollen 3.659.126 Fahrgäste und das eigene Fahrpersonal überprüft und 31.075 Meldungen erstattet. 65 Kontrolleure waren nur für die Fahrscheinüberprüfung in den schaffnerlosen Beiwagen und im gesamten Stadtbahnbereich eingesetzt und haben bei 223.604 Wagenkontrollen 3.572.845 Fahrgäste überprüft und 48.399 Meldungen erstattet. Die periodischen Schaffnerzählungen wurden wie üblich durchgeführt, außerdem eine Zählung im Silvesternachtverkehr und Fahrgastzählungen auf der Schnellbahn im März, Juli und Oktober zu Verrechnungszwecken.

Im einzelnen wurden folgende Betriebsmaßnahmen getroffen: Seit März wird die Linie 8 an allen Tagen mit Einmannzügen befahren und die Linie H 2 mit Garnituren mit zwei schaffnerlosen Beiwagen, seit April die Linie G 2 an allen Sonn- und Feiertagen und die Linie D im Abendverkehr mit Einmanntriebswagen. Nach Beendigung der Bauarbeiten in der Hetzendorfer Straße wurde ab August die Linie 62 durchgehend zweigleisig geführt. Die Linie 6 hat am 2. September die neue Schleife Reumannplatz in Betrieb genommen. Seit November wird die Linie E 2 mit zwei Beiwagen und ab Dezember die Linie 18 an allen Tagen im Einmannbetrieb mit Gelenkwagen und Beiwagen schaffnerlos betrieben, die Linie A k bis zum Stadion geführt. Gleichzeitig wurden die Linien A und A k mit modernen Garnituren ausgestattet. Das Expedit der Linie 5 wurde von der Klosterneuburger Straße auf den Wallensteinplatz verlegt.

Beim Autobus- und Kraftwagenbetrieb ist die Fahrgastfrequenz um 8,7 Prozent auf 61,8 Millionen Beförderungsfälle zurückgegangen, die Wagen-Nutz-Kilometerleistung um 6,6 Prozent auf 15,3 Millionen Kilometer gestiegen. Ende 1974 standen insgesamt 39 Autobuslinien in Betrieb, der Wagenpark für den Linien- und Mietwagenverkehr umfaßte 392 Autobusse.

Eine Reihe neuer Betriebsmaßnahmen mußte getroffen werden. Seit Jänner wird die Linie 3 A (Oper—Stock im Eisen-Platz) im Einmannbetrieb befahren und die Linie 80 vom Verkehrsbetrieb Dr. Richard im Auftrag der Wiener Verkehrsbetriebe geführt. Sie wurde mit der Autobuslinie 81 gekoppelt und neue Liniensignale, und zwar 79 A Praterstern—Simmeringer Lände und 80 A Praterstern—Lusthaus, wurden eingeführt. Die Einrichtung der Autobuslinie 11 A für die eingestellte Stra-

Benbahnlinie 11 wurde bereits angeführt. Seit Februar ist die Linie 61 ab Aßmayergasse bis Meidling, Schnellbahn, verlängert und gleichzeitig das Liniensignal von 61 auf 61 A geändert und die Autobuslinie 64 A aus Rationalisierungsgründen in den Abendstunden einmännig betrieben worden. Die Autobuslinie 3 A wurde ab März wegen Ausgestaltung der Fußgeherzone Kärntner Straße eingestellt, die Autobuslinie 1 ab Weiskirchnerstraße wegen Busspur Dr. Karl Lueger-Platz geändert geführt. Ab 18. April wurde die Autobuslinie 15 anlässlich der Eröffnung der WIG 1974 bis zum Nordeingang des WIG-Geländes verlängert. Auf den innerstädtischen Autobuslinien 1 S, 2 S und 3 S mußte ab 20. Juli an Samstagen der Betriebsschluß auf 14 Uhr vorverlegt werden. Ab September wurde die Autobuslinie 66 A zur besseren Verkehrserschließung der Wohngebiete und des neuerrichteten Schulzentrums über eine geänderte Fahrstrecke geführt. Insgesamt mußten 12 Haltestellen aufgelassen, 36 neu errichtet, 89 ständig verlegt werden. Anlässlich der Frühjahrs- und der Herbstmesse wurde wieder eine Sonderlinie Messepalast—Messegelände geführt.

Mit 29. Juni wurden Änderungen in den Linienbenennungen zur Schaffung klarer Verhältnisse bei der Linienbezeichnung vorgenommen. Jede Autobuslinie erhielt neben der ziffernmäßigen Bezeichnung einen Buchstabenindex. Index A bedeutet Autobuslinie im Einheitstarif mit Fahrscheinverkauf im Wagen. Index B bezeichnet eine Autobuslinie in Tarifgemeinschaft. Hier gilt wohl der Einheitstarif, der Fahrgast kann sich jedoch keinen Fahrschein des Einheitstarifes lösen; Vorverkaufsscheine des Einheitstarifes werden angenommen. Index S heißt Autobuslinie im Sondertarif. Dies sind die innerstädtischen Linien sowie die Linien auf den Kahlenberg.

488 Mitarbeiter haben Schulungen besucht, 108 in einer Autobuslenker-Fahrschule, 21 als Lastwagenlenker, 31 als Verschublenker, 328 in diversen Lenkerschulen. Wieder wurde 1974 der Lenkernachwuchs in einer betriebseigenen Fahrschule gefördert, in der Lehrgänge für den Erwerb des Führerscheins der Gruppe C abgehalten werden.

Die Abteilung für Betriebsangelegenheiten und elektrische Streckenausrüstung der U-Bahn hat 1974 weitere wichtige Arbeiten durchgeführt. Auf der Probestrecke zwischen Friedensbrücke und Heiligenstadt wurden die U-Bahn-Steige bis auf ein 40 m langes Stück in der Station Friedensbrücke fertiggestellt, welches erst nach Umstellung auf U-Bahn-Teilbetrieb ausgeführt werden kann. Die Gleisbauarbeiten wurden so weit abgeschlossen, daß nur noch die Umstellphase fehlt. Im gesamten V. Bauabschnitt „U4-Schwedenplatz—Roßauer Lände“ konnten die Bauarbeiten planmäßig weitergeführt, der Abtrag des Stadtbahnbauwerks und die Errichtung der Umschließungswände fortgesetzt und mit den Arbeiten an den Tunneldecken begonnen werden. Die beiden Tunnelröhren auf der Linie U 1 zwischen der Station Karlsplatz und dem Stock im Eisen-Platz wurden mit dem körperschallgedämmten schotterlosen Oberbau ausgestattet und gleismäßig zwischen der Station Taubstummengasse und der Theresianumgasse die ersten unterirdischen Wendeanlagen fertiggestellt; ebenso wurde Gleis I in seiner endgültigen Form auf der künftigen U-Bahn-Linie U 4 im Bereich zwischen Verkehrsbüro und dem derzeitigen provisorischen Inselbahnsteig am Karlsplatz errichtet. Auf dem Gelände des künftigen U-Bahn-Betriebsbahnhofes Wasserleitungswiese haben die Arbeiten am Unterbau eingesetzt. Entlang der Grundgrenze zwischen Gleisharfe und Rampengasse wurde eine Stützmauer errichtet.

Neben der planlichen Vorbereitung der laufenden Bauarbeiten konzentrierte sich die Planungsarbeit auf die Umstellung der Stadtbahnlinie Wiental-Donaukanal-Linie auf U-Bahn (Linie U 4). Unterlagen für die Einreichung und die Ausschreibung für den Neubeziehungsweise Umbau der Stationen Heiligenstadt, Friedensbrücke, Roßauer Lände, Landstraße und Stadtpark sowie einer Gemeinschaftsanlage mit den Österreichischen Bundesbahnen in Heiligenstadt wurden ausgearbeitet. Außer den Studien über die Art der Anlenkung der Gürtellinie der Stadtbahn an die künftige U-Bahn-Station Friedensbrücke und für die künftige U-Bahn-Station Hütteldorf wurde die Ausarbeitung eines generellen Projektes für den U-Bahn-Betriebshof Erdberg in Angriff genommen, um auch die erforderlichen Geländeflächen außerhalb des U-Bahn-Grundnetzes zu sichern.

Alle Arbeiten sowie die Mitwirkung an den Planungsarbeiten der Stadtbauamtsdirektion und der Magistratsabteilung für den U-Bahn-Bau erforderten laufende Eingaben an die Aufsichtsbehörde, die Ausarbeitung des Kostenvoranschlages 1975 und allgemeine Verwaltungsaufgaben.

Der Wagenpark der Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn umfaßte zu Jahresbeginn 1974 einen Gesamtstand von 2.002 Personenfahrzeugen: 867 Straßenbahn-Triebwagen, 793 Straßenbahn-Beiwagen, 128 Stadtbahn-Triebwagen, 200 Stadtbahn-Beiwagen, 14 U-Bahn-Wagen (7 Doppeltriebwagen). Wegen Überalterung, Fahruntauglichkeit beziehungsweise Übernahme in den Stand der Hilfsfahrzeuge wurden 29 Triebwagen der Baureihen A, B, D, D₁, M, T₁ sowie 34 Beiwagen der Baureihen B, m₂, m₃ ausgeschieden. 23 Einmann-Gelenktriebwagen der Baureihe E₁ und 25 Beiwagen der Baureihe c₁ wurden in den Stand der Personenfahrzeuge aufgenommen.

Zu Jahresende umfaßte der Wagenpark 1.987 Personenfahrzeuge: 861 Straßenbahn-Triebwagen, 784 Straßenbahn-Beiwagen, 128 Stadtbahn-Triebwagen, 200 Stadtbahn-Beiwagen, 14 U-Bahn-Wagen

(7 Doppeltriebwagen). Der Gesamtstand an sechssachsigen Gelenktriebwagen betrug 369; das sind 43 Prozent aller Personentriebwagen der Straßenbahn. Der Straßenbahnbetrieb verfügte weiters über 1.376 Personenfahrzeuge mit Stahlaufbauten, das sind 84 Prozent des Gesamtstandes. Der Umbau von Trieb- und Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb wurde weiter fortgesetzt, 22 E-Gelenktriebwagen für den Einmannbetrieb mit schaffnerlosem Beiwagen und 8 c₂- und 51 ls-Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb wurden eingerichtet. Somit stehen insgesamt 573 Trieb- und 525 Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb zur Verfügung, wobei von den Triebwagen 166 Gelenkzüge für den Einmannbetrieb verwendbar sind. Bei den Straßenbahn-Hilfsfahrzeugen wurde ein Sandstreuwagen in Dienst gestellt.

Anfang 1974 enthielt der Wagenpark 399 Autobusse, zu Jahresende 392. Im Laufe des Jahres wurden 27 Gelenkautobusse der Type GU-230/54/59/3 gekauft. Dieser Bustyp bildete die Fortsetzung der im Jahre 1973 von der Firma ÖAF-Gräf & Stift angekauften Gelenkzüge. Die Produktion dieser Autobusse wurde im Jahre 1974 von ÖAF-Gräf & Stift und Steyr XI gemeinsam übernommen, wobei ÖAF-Gräf & Stift die Bodengruppe, also das Lauf- und Triebwerk, und die Firma Steyr den Aufbau fertigte. Die technische Ausrüstung dieser Fahrzeuge umfaßt Unterflurmotor, Luftfederung, automatisches Getriebe, Servolenkung, verschleißlose Bremsen (System Telma), Polyestertreibstofftank, Infrarotlichtschranken als Türsicherung sowie Kinderwagentaster.

Sämtliche Fahrzeuge sind für Flüssiggasbetrieb ausgerüstet. Das Prinzip des Einmannbetriebes mit je 1 Fahrscheinausgabeautomaten und 2 Entwertern pro Gelenkzug und der Möglichkeit, bei allen Türen ein- und auszusteigen, wurde grundsätzlich beibehalten. An Stelle der bis jetzt verwendeten Almex-Automaten für die Fahrscheinausgabe konnte erstmals ein inländisches Fabrikat verwendet werden.

Nach dem Ankauf dieser Gelenkzüge wurden jene 3 Normalautobusse angekauft, die von den Firmen ÖAF-Gräf & Stift beziehungsweise Steyr XI den Verkehrsbetrieben im Jahre 1973 zwecks Erprobung zur Verfügung gestellt waren. Der Umbau von Autobussen auf Flüssiggasbetrieb wurde 1974 fortgesetzt, so daß mit Ende des Jahres 307 Autobusse und somit 78 Prozent aller Autobusse für den Flüssiggasmischbetrieb ausgerüstet waren.

Neben den beiden bestehenden Flüssiggastankstellen in den Garagen Vorgarten und Raxstraße konnte im Laufe des Jahres in der Garage Spetterbrücke eine weitere Tankstelle in Betrieb genommen werden. Auch eine Anzahl von Hilfsfahrzeugen wurde neu angeschafft. Hier ist unter anderem ein Lkw für den Mastentransport mit Palfinger-Ladekran besonders zu erwähnen. Um die aus Rationalisierungsgründen beabsichtigte Reduktion der Rüstwagenstationen von 5 auf 2 durchführen zu können, ist die Anschaffung von 2 neuen Straßenbahnrüstwagen erforderlich. Für diesen Zweck wurde ein Lkw-Fahrgestell der Type Steyr 1490 angekauft, dessen Aufbau im Jahre 1975 erfolgen soll.

An Hochbauarbeiten wurde in der Zentralwerkstätte der Innenausbau der großen Werkshalle vollendet, die Umsiedlung vollzogen und die Zentralwerkstätte am 29. Mai offiziell eröffnet. Die Gleichstromübergabestation und die Müllbox konnten im September 1974 fertiggestellt und der Benutzung übergeben werden. Die Arbeiten an den Fahrbahnen und um den Holzlagerplatz wurden fortgeführt, im Direktionsgebäude Favoritenstraße erfolgten der Einbau eines Speisesaales und die Erneuerung der Heizkessel. Die Erneuerung der Dacheindeckung der Halle 2 im Bahnhof Brigittenau, des Hallenfußbodens im Zuge von Gleiserneuerungen in der Halle 4 des Bahnhofes Erdberg und die Erneuerung der Dächer der Hallen 1 bis 3 samt Instandsetzung des Bades und Waschräume für die Wagenrevision im Bahnhof Favoriten konnten abgeschlossen werden. Der Mannschaftsraum der Wagenrevision im Bahnhof Hernals wurde vergrößert. Ferner mußten Lagerräume unter den Wagenhallen umgebaut und die Sandtrocknungsanlage im Bahnhof Rudolfsheim instand gesetzt werden. Weiters erfolgten 1974 die Fertigstellung der Adaptierungsarbeiten im Bahnhof Vorgarten nach Auflassung des Bahnhofes Kagran, der Neubau einer Wagenabfertigung an die öffentliche WC-Anlage am Wallensteinplatz und die Errichtung von 51 Warthallen; 6 Hallen wurden abgetragen. Die jährlichen Arbeiten am Verblend- und Parapettmauerwerk und an den Natursteinflächen der Stadtbahn wurden fortgesetzt, die Adaptierungsarbeiten für den Flüssiggasbetrieb in der Raxgarage fertiggestellt und in der Garage Vorgarten die Zentralheizung erneuert sowie eine Be- und Entlüftungsanlage hergestellt. Die Bauarbeiten am U-Bahn-Betriebsbahnhof Wasserleitungswiese wurden in Angriff genommen.

In Fortsetzung der U-Bahn-Bauarbeiten wurden verschiedene Gleisprovisorien in den Bereichen Karlsplatz, Schwedenplatz, Morzinplatz, Schottenring, Franz Josefs-Kai, Praterstraße und Südtiroler Platz verlegt. Eine Gleisschleife in der Quellenstraße — Leibnizgasse — Buchengasse und Favoritenstraße wurde neu errichtet, die Gleisanlage in der Zentralwerkstätte fertiggestellt. Außer dem Einbau von 11 ortsfesten Schmieranlagen, dem Ein- und Ausbau von 9 Hilfsbrücken an verschiedenen Bau-

stellen und der Neuerrichtung mehrerer Haltestelleninseln und Verlängerung von bestehenden wurden zahlreiche größere und kleinere Erneuerungen und Regulierungen im Gleisnetz der Straßenbahn und Stadtbahn sowie Erhaltungsarbeiten an den Entwässerungsrinnen, Bahnkanälen, Gelände- und Brückenbedielungen durchgeführt.

Nach Fertigstellung aller baulichen Notwendigkeiten sowie der Installationen in der Zentralwerkstätte erfolgte die Übersiedlung, so daß nunmehr die volle Werkstättenkapazität erreicht ist. Die Organisationsform der Gliederung in Linienstellen (Detailwerkstätten, Montagewerkstätten und Betriebsdienst) sowie Stabstellen (Arbeitsvorbereitung, Konstruktion, technische Überprüfung, Wirtschaft und Personal) entspricht der in der Industrie angewendeten Norm. Die EDV-Einrichtungen waren im Aufbau und die Programmerstellungen im Gange. 696 Wagen und 373 Drehgestelle durchliefen 1974 die Zentralwerkstätte. Die Arbeiten umfaßten rund 6.200 Einzelleistungen. 6 Triebwagen c₄ wurden für den Betrieb mit 2 schaffnerlosen Beiwagen umgebaut, 1 Anhängewagenzug auf Mannschaftswagen und 2 Hilfstriebwagen mit Aufbauten versehen.

Das Rolldienstpersonal umfaßte Ende 1974 insgesamt 3.537 Bedienstete; 135 Schaffnerinnen und Schaffner verrichteten Kurzzeitarbeiten.

Im Straßenbahn- und Stadtbahnbetrieb gab es 2.548 und im Kraftwagenbetrieb 1.040 Unfälle, darunter 889 im Autobuslinienverkehr. An Haftpflichtentschädigungen und -renten für Körperverletzungen sowie Entschädigungen für Sachschäden wurden insgesamt 5,816.702 S bezahlt. Schadenersatzansprüche in der Höhe von 5,561.930 S wurden eingehoben.

Städtische Bestattung

1974 wurden der städtischen Bestattung 23.305 Bestattungsdurchführungen übertragen. Der Anteil an Kremationen betrug 4.052 Fälle oder 17,4 Prozent. Außerdem wurden 1.781 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen und 967 Überführungsaufträge in das In- und Ausland durchgeführt, darunter von und nach der Bundesrepublik Deutschland, von und nach Frankreich, Italien, Jugoslawien, Rumänien, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn. Dazu kamen verschiedene andere Leistungen, so daß der Städtischen Bestattung insgesamt 29.516 Aufträge erteilt wurden. 270 Aufträge hat das Unternehmen zu eigenen Lasten durchgeführt, weil Hinterbliebene fehlten, die für die Kosten hätten aufkommen können.

Der Anteil der Städtischen Bestattung am gesamten Bestattungsanfall in Wien lag bei 97 Prozent, der Rest entfiel auf Pächter in den an Wien angrenzenden Gemeinden beziehungsweise auf Erfüllungsgewerkschaften des Unternehmens. Mit 3.106 Fällen wurden im Monat Jänner die meisten Aufträge übernommen, während die niedrigste Auftragszahl der Monat September mit 2.092 Bestattungsfällen brachte.

Der Fuhrpark hatte eine Fahrleistung von rund 793.000 km zu verzeichnen, das sind um 13.000 km mehr als 1973. Auf den einzelnen Auftrag entfallen somit etwa 27 km, wobei die tägliche Fahrleistung von rund 3.200 km der Entfernung von Wien nach Gibraltar entspricht.

Das Unternehmen verfügte Ende 1974 über 20 Fourgons, 16 Glas- und Blumenwagen, 8 Konduktwagen sowie 16 sonstige Fahrzeuge für Wirtschafts- und Mannschaftsfahrten. Im Sargerzeugungsbetrieb wurden 47.585 Särge hergestellt, ein Teil der Sargproduktion war für den Verkauf in den Bundesländern bestimmt. Die Anzahl der dem Unternehmen erteilten Aufträge für künftige Bestattungsdurchführungen (Lebzeitenaufträge) verringerte sich gegenüber 1973 um 2,7 Prozent.

Auf dem Friedhof Inzersdorf wurden am 16. April 1974 und auf dem Friedhof Hütteldorf am 13. Mai die umgebauten Aufbahrungshallen der Benützung übergeben. Die modern ausgestalteten Aufbahrungsräume dieser beiden Hallen bieten die Möglichkeit, sowohl Trauerfeiern bei Erdbestattungen als auch Kremationsfeiern abzuhalten. Auf beiden Friedhöfen wird bei den Feiern den Trauergästen das Ende der Trauerfeier durch das Schließen eines Vorhanges sowie das gleichzeitige langsame Verlöschen der Beleuchtung im Aufbahrungsraum angezeigt. Damit stehen nunmehr auf den Bezirksfriedhöfen Atzgersdorf, Baumgarten, Döbling, Hütteldorf, Inzersdorf, Liesing, Mauer und Ottakring Einrichtungen zur Verfügung, die die Möglichkeit bieten, sowohl Trauerfeiern bei Erdbestattungen als auch Kremationsfeiern abzuhalten. Der Anteil der Feuerbestattungen, der 1970 noch 15,8 Prozent betrug, konnte dadurch auf 17,4 Prozent angehoben werden.

Da die Beisetzkammern der Friedhöfe Aspern und Inzersdorf mit Kühlanlagen ausgestattet wurden, entfällt bei Begräbnissen auf diesen Friedhöfen ab April 1974 die Beistellung der Plastikhülle. Auf dem römisch-katholischen Friedhof Kahlenbergdorf wurde im Einvernehmen mit der Friedhofsverwaltung die Innenausgestaltung der Aufbahrungshalle von der Städtischen Bestattung gemäß der im Höchsttarif festgelegten Leistungsbeschreibung vorgenommen. Ab 2. Dezember 1974 sind auf diesem Friedhof Aufbahrungen bis einschließlich 2. Klasse möglich.

Gemäß § 36 Absatz 5 des Gesetzes über die Regelung des Leichen- und Bestattungswesens für Wien kann die Beiliegung von Leichenasche ohne Behältnis erfolgen. Seit der Wirksamkeit dieses Gesetzes, dem 1. Jänner 1971, wurden 17 Aschenbestattungen ohne Behältnis durchgeführt.

Am 24. April 1974 hatte das Bundeskanzleramt der Städtischen Bestattung die Durchführung der Trauerfeier nach dem verstorbenen Herrn Bundespräsidenten Dr. h. c. Franz Jonas übertragen. Der Bundespräsident wurde am 24. April um 17 Uhr im Jagdzimmer der Präsidentschaftskanzlei aufgebahrt und von dort am 25. April in die Säulenhalle des Parlaments überführt. Am Freitag, dem 26., und Samstag, dem 27. April, hatte die Bevölkerung Gelegenheit, von dem Verstorbenen feierlich Abschied zu nehmen. Laut Zählung der Polizei haben sich in diesen beiden Tagen rund 50.000 Personen von dem Verstorbenen verabschiedet. Der Staatstrauerakt begann am Montag, dem 29. April, um 12 Uhr. Nach der Trauerfeier in der Säulenhalle des Parlaments bewegte sich der Kondukt über die Ringstraße bis zum Schwarzenbergplatz und löste sich dort auf. Jene Trauergäste, die an der anschließenden Beisetzung in der Präsidentengruft auf dem Wiener Zentralfriedhof teilnahmen, wurden mit Kraftfahrzeugen auf den Wiener Zentralfriedhof geführt. Die Trauerfeier auf dem Wiener Zentralfriedhof begann gegen 14 Uhr und wurde um 14.30 Uhr beendet. Die im Sinne des Verstorbenen erbetene Kranzablöse zugunsten der Leukämie-Forschungsspende Bundespräsident Dr. h. c. Franz Jonas ergab, wie einem Zeitungsbericht zu entnehmen war, einen Betrag in der Höhe von 800.000 S.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 29. März 1974 wurden die seit dem 1. März 1968 gültigen Tarife der Städtischen Bestattung mit Wirkung ab 1. April geändert. Diese Tarifregulierung war notwendig, weil das Unternehmen nicht mehr in der Lage war, die in den letzten Jahren eingetretenen Kostensteigerungen durch Rationalisierungsmaßnahmen auszugleichen. Mit Wirkung ab 1. August 1974 trat die mit Bundesgesetzblatt Nr. 50 vom 28. November 1973 erlassene Gewerbeordnung 1973 in Kraft. Auf Grund der im § 239 vorgesehenen Bestimmungen hat der Landeshauptmann durch Verordnung Höchsttarife festzulegen, bei denen auf die Leistungsfähigkeit und auf die nach Art und Umfang verschiedenen Leistungen der Betriebe sowie die Interessen der Kunden Bedacht zu nehmen ist. Von der Landesinnung Wien der Bestatter wurde der vom Wiener Gemeinderat genehmigte Tarif der Städtischen Bestattung als Grundlage für diesen Höchsttarif vorgeschlagen und nach Anpassung an die gesetzlichen Erfordernisse am 7. Oktober 1974 im Landesgesetzblatt für Wien verlautbart.

Mit 1. Juni wurde die Erfassung der Bestattungsaufträge auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt. Durch diese Organisationsänderung können die dem Unternehmen übertragenen Aufträge mit noch größerer Genauigkeit als bisher durchgeführt werden. Es ist beabsichtigt, auch andere Abteilungen in die elektronische Datenverarbeitung einzubeziehen.

Auch im Jahre 1974 wurde auf die Schulung der Bediensteten des Unternehmens besonderes Augenmerk gelegt. Vor allem die im Kundendienst tätigen Bediensteten wurden in eigenen Kursen geschult. Ebenso wurden jene Bediensteten des Aufnahme- und Bestattungsdienstes, die von der Umstellung der Auftragsaufbereitung auf elektronische Datenverarbeitung betroffen waren, in eigenen Schulungskursen über diese neue Organisation informiert.

Das Unternehmen war weiter bemüht, seine gemeinwirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu erfüllen. Wie bereits erwähnt, wurden 270 Verstorbene auf Kosten des Unternehmens in würdiger Weise bestattet. Ebenso wurde anlässlich der Erstellung der neuen Bestattungskostentarife auf die Beibehaltung der sozialen Staffelung besonderes Augenmerk gelegt und damit jenen Familien eine pietätvolle Bestattung ihrer Verstorbenen gesichert, die für die entstandenen Kosten nur teilweise aufkommen können. Im Rahmen des Kundendienstes war das Unternehmen wie immer bemüht, den Hinterbliebenen die mit der Bestattung verbundenen Wege abzunehmen und solche Dienstleistungen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Vertreter des Unternehmens haben im Berichtsjahr sowohl in der Landes- und Bundesinnung der Bestatter als auch bei der Europäischen Bestatter-Union in verantwortungsvollen Positionen mitgearbeitet. Als Mitglied der deutschen Arbeitsgemeinschaft „Friedhof und Denkmal“, der „Funeral Directors Association London“, der „Preferred Funeral Directors International, USA“ wurden mit europäischen und außereuropäischen Institutionen fachliche Kontakte gepflegt und wurde aktiv an der Lösung internationaler Probleme mitgewirkt.

Bestattungsfeiern besonderer Art wurden für folgende 1974 verstorbene Persönlichkeiten durchgeführt: Martin Costa, Schauspieler und Schriftsteller; Dr. h. c. Dr. Hans von *Lauda*, Präsident des österreichischen Roten Kreuzes; Hofrat Dr. Rudolf *Kalmar*, Präsident des Presseclubs „Concordia“; Richard *Freund*, Abgeordneter a. D. zum Nationalrat, Ehrenvorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner; Hofrat Dr. med. Ferdinand *Dirschmid*, Oberstadtphysikus i. R.; Karl *Haslinger*, Gastspiel-direktor i. R.; Professor Leo *Meinert*, Abendregisseur der Wiener Staatsoper; Dr. Walter *Wodak*, Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten; Professor Hans *Kremsberger*, Mitglied der Wiener

Symphoniker; Dr. Alexander *Hryntschak*, Präsident der Gesellschaft der Musikfreunde 1945 bis 1972, Abgeordneter zum Nationalrat der Ersten Republik; Bundespräsident Dr. h. c. Franz *Jonas*; Professor Gerhard *Swoboda*, akademischer Maler; Karl *Sesta*, Angehöriger des österreichischen Wunderteams; Hofrat Dr. Heinrich *Reif-Gintl*; Oberst Hans *Handler*, Leiter der Spanischen Reitschule Wien; Doktor Felix *Hurdes*, Bundesminister a. D.; Professor Josef *Krips*, Ehrenmitglied der Wiener Staatsoper; Hofrat Dr. Ernst *Lothar*, Ehrenmitglied des Burgtheaters; Dkfm. Fritz Ignaz *Skoda*, Vorstandsmitglied des Österreich-Instituts; Professor Stella *Wang-Tindl*, Pianistin; Dr. Egon *Wellesz*, Komponist; Professor Ludwig *Weber*, Ehrenmitglied der Wiener Staatsoper, und Ernst *Ulbrich*, Abgeordneter zum Nationalrat. Die aus Los Angeles überführten Urnen des österreichischen Komponisten und Begründers der Zwölftonmusik Arnold *Schönberg* und von dessen Gattin Gertrud wurden am 5. Juni 1974 auf dem Wiener Zentralfriedhof beigesetzt.